

HANS RUDOLF WAHL

## Novemberrevolution, Räterepublik und Demokratiegründung in Bremen

### 1. Vorgeschichte und Voraussetzungen bis 1918

Im Kaiserreich der Ära Bismarcks und Wilhelms II. war die Freie Hansestadt Bremen eine von lediglich drei übriggebliebenen Freien Reichsstädten. Im 18. Jahrhundert, zu den späten Zeiten des Heiligen Römischen Reiches, waren es derer noch 51 gewesen. Der tradierte Charakter als Freie Reichsstadt hat die Spezifik der Novemberrevolution in Bremen denn auch geprägt.<sup>1</sup> Einige Informationen zu Staatsstruktur und politischem System, zur Wirtschaftsstruktur, zur sozialistischen Arbeiterbewegung in Bremen und zum untersuchten Quellensample der Bremer Tageszeitungen<sup>2</sup> sind deshalb zum Verständnis der Ereignisse während der Revolution in Bremen vorab notwendig.

#### 1.1 Staatsstruktur und politisches System

Das sichtbarste Merkmal der Freien Hansestadt Bremen war im monarchisch strukturierten Kaiserreich die republikanische Staatsform.<sup>3</sup> An ihrer Spitze stand ein 18-köpfiger Senat, dessen Mitglieder auf Lebenszeit gewählt wurden. Als Hoheits- und Souveränitätsträger nicht nur Bremens, sondern auch des Deutschen Reiches nahmen die Senatoren nach der Reichsverfassung von 1871 damit den gleichen Rang ein wie die deutschen Bundesfürsten. Bremen hatte Sitz und Stimme im Bundesrat, und diese wurde durch einen vom Senat damit beauftragten Senator wahrgenommen. Die 150 Mitglieder umfassende Bremische Bürgerschaft wurde im sechsjährigen Turnus von den bremischen Bürgern nach einem Acht-Klassen-Wahlrecht gewählt. Die Klausel „bremische Bürger“ verbarg dabei inhaltlich mehr, als auf den ersten Blick ersichtlich ist. Nicht nur in der Hinsicht, dass es Bürgerinnen aus verfassungsrechtlichem Prinzip nicht gab und das Wahlrecht mithin ganz selbstverständlich ausschließlich Männern zustand. Das bremische Staatsbürgerrecht vererbte sich nicht, und es war auch nicht an den Besitz der – übrigens erst seit 1913 existierenden – deutschen Staatsbürgerschaft gebunden. Bremischer Staatsbürger konnte jeder Mann werden, der auf dem Hoheitsgebiet der Freien Hansestadt Bremen seinen ersten Wohnsitz hatte, keine Armenhilfe erhielt und eine Verwaltungsgebühr entrichtete, die zum Zeitpunkt des Ersten Weltkriegs immer noch einem erheblichen Teil des durchschnittlichen Jahresgehaltes eines Facharbeiters entsprach. Entsprechend besaß nur eine Minderheit der Einwohner Bremens dessen Staatsbürgerschaft.

Die bremische Bürgerschaft war mithin eine Institution, die schon in ihrer Titulatur explizit nicht das gesamte bremische Volk, sondern den Stand der über dem „einfachen“ Volk stehenden „Bürger“ repräsentierte. Entsprechend diesem ständischen Verfassungsverständnis waren auch das Wahlrecht und die Zusammensetzung der Bürgerschaft gegliedert. Sie wurde von den bremischen Bürgern zwar frei, direkt und geheim gewählt, nicht jedoch allgemein und gleich. Jeder Bürger wählte in seiner Klasse, und jeder Klasse stand dabei ein bestimmtes Kontingent an Mitgliedern in der Bürgerschaft zu. Die beiden ersten Klassen bestanden aus den Akademikern und den

---

<sup>1</sup> Im Überblick dazu Konrad Elmshäuser, Geschichte Bremens, München 2007, insbes. S. 61 ff.

<sup>2</sup> Mein Dank für die Unterstützung bei der Sichtung und Auswertung des Quellenmaterials gilt den Studierenden meines Bremer Seminars „Die Subjektivität der Revolution“.

<sup>3</sup> Zur bremischen Staatsstruktur insbes. Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 2, Bremen 1995, S. 38 ff.; zur Verfassung von 1854 ebd., S. 216 ff., zu den Veränderungen in der Staatsstruktur während der Bismarck-Zeit ebd., S. 314 ff.

Kaufleuten, die zusammen über zwei Drittel der Sitze in der Bürgerschaft verfügten. Die weiteren Klassen (absteigend von drei bis acht) repräsentierten die sonstigen selbständigen Gewerbetreibenden und die sonstigen Bürger der Stadtgemeinde Bremen, die Bürger der Stadtgemeinden Vegesack und Bremerhaven, die Bürger der bremischen Landgemeinden und schließlich alle sonstigen Bürger, die in keiner der vorherigen Klassen erfasst worden waren.

Obwohl die SPD bereits seit 1890 unter demokratischem Wahlrecht zum Reichstag die mit Abstand meisten Stimmen von allen Parteien erhielt, gelang den Sozialdemokraten erst bei den Bürgerschaftswahlen von 1899 mit einer kleinen Fraktion der Einzug in die Bürgerschaft. Bis 1918 waren die Sozialdemokraten dort allerdings die einzige politische Partei. Ihre Fraktion war quer zu den Klassen organisiert, verschaffte sich mit einem Vorsitzenden und Vorstand eine moderne parlamentarische Arbeitsstruktur und war zumindest ihrem Anspruch nach eine Vertreterin des gesamten bremischen Volkes. Für die überwältigende Mehrheit der Mitglieder der Bürgerschaft galt dies jedoch nicht. Jenseits der SPD gab es weder Parteien noch Fraktionen und übrigens auch keine Parlamentsausschüsse. Ihrem Selbstverständnis nach waren die anderen Mitglieder der Bürgerschaft die Interessenvertreter der Justiz und Verwaltung, der Kaufmannschaft oder eben auch die Dorfbürgermeister der Landgemeinden, die von ihren örtlichen Großbauern in die Bürgerschaft gewählt wurden, um dort die Interessen ihres Dorfes zu vertreten. Vorbesprechungen über das Abstimmungsverhalten bei anstehenden Beschlüssen der Bürgerschaft fanden daher ganz offiziell im Landgericht, in der Handelskammer, in den Behörden oder in den Stadtverordneten- und Gemeindeversammlungen statt, nicht jedoch in Partei- oder Parlamentsgremien.

Das einzige Gremium der Bürgerschaft war deren Vorstand mit einem Präsidenten an der Spitze – 1918 war dies übrigens Rudolph Quidde, der Bruder des Historikers und linksliberalen Politikers sowie nachmaligen Friedensnobelpreisträgers Ludwig Quidde. Der Bürgerschaftsvorstand stellte einerseits die organisatorischen Funktionen wahrnehmende Präsidium dar, bildete andererseits aber vor allen Dingen eine bevollmächtigte permanente Kommission, die auch zwischen den Sitzungen der Bürgerschaft den Kontakt zum Senat unterhielt und gegenüber diesem die Interessen der Bürgerschaft wahrnahm. Die Bürgerschaft selbst tagte und beschloss lediglich im Plenum; diese Tagungen begrenzten sich auf wenige Sitzungen im Jahr, die in der Regel immer nur dann stattfanden, wenn Gesetzesbeschlüsse, der Haushalt oder Senats- oder Deputationsneuwahlen eine Sitzung erforderlich machten.<sup>4</sup>

Als Freie Reichsstadt war Bremen keineswegs ein organisatorisch in sich geschlossener moderner Stadtstaat.<sup>5</sup> Zwar war die Stadtgemeinde Bremen die mit Abstand größte Gemeinde des deutschen Bundesstaates Freie Hansestadt Bremen. Die ständischen Selbstverwaltungskörperschaften dieser Stadtgemeinde – Senat und Bürgerschaft – beherrschten den gesamten Bundesstaat. Neben der Stadtgemeinde Bremen gab es auf dem Territorium dieser Freien Hansestadt aber auch noch die beiden anderen bremischen Stadtgemeinden Bremerhaven und Vegesack, die über eigene Kommunalverfassungen, eigene Stadtverordnetenversammlungen und eigene Magistrate verfügten; außerdem diverse Landgemeinden, die ihrer Struktur nach mehrheitlich noch klassische Bauerndörfer waren und genauso wie ihre preußischen und oldenburgischen Nachbardörfer von ihren angestammten Gemeindeversammlungen und -vorstehern verwaltet wurden. Die bremischen Häfen „in Bremerhaven“ waren – und sind auch heute noch – eine Exklave der Stadtgemeinde Bremen an der Unterweser. Die Stadtgemeinde Bremerhaven war – und ist – dagegen eine Stadt faktisch nahezu ohne Häfen.

Die Leitung der Behörden und die Beratung der alltäglichen politischen Angelegenheiten oblagen

---

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Stenographischen Protokolle der Verhandlungen des Senats mit der Bürgerschaft.

<sup>5</sup> Zur komplexen Geschichte des bis heute nur bedingt „Stadtstaat“ zu nennenden politischen Gebildes „Freie Hansestadt Bremen“ im kartographischen Überblick Elmshäuser, Geschichte Bremens (wie Fn. 1), S. 123 f.

den sogenannten Deputationen. An ihrer Spitze stand jeweils ein vom Senat abgeordneter zuständiger Senator. Weitere Deputationsmitglieder waren einerseits deputierte Mitglieder der Bürgerschaft – aufgrund der Dominanz der Juristen und Kaufleute in der Bürgerschaft zumeist Angehörige dieser beiden ersten Klassen; andererseits weitere bremische Bürger, die gemeinsam von Senat und Bürgerschaft in die Deputationen gewählt (also „deputiert“) wurden. Die Deputationen stellten die beschluss- und weisungsbefugten Leitungen der bremischen Behörden dar, die alles unterhalb der Gesetzesebene und des Haushaltsbeschlusses regelten. Entsprechend der Behördenstruktur gab es ständige Deputationen, so etwa für das Finanzwesen, die bremischen Häfen, die Justiz, die Polizei oder auch das Schulwesen, daneben aber auch ad hoc gebildete außerordentliche Deputationen, die fallweise bzw. zur Lösung spezifischer Probleme eingesetzt wurden; sie arbeiteten oft quer zur Behördenstruktur, besaßen Weisungsbefugnis gegenüber mehreren Behörden und wurden nach Abarbeitung ihrer Aufgabenstellung in der Regel wieder aufgelöst. So war bei Kriegsbeginn 1914 eine sogenannte Kriegsdeputation eingesetzt worden, die sich mit allen die Kriegswirtschaft in der Freien Hansestadt betreffenden Angelegenheiten beschäftigte und die in den Angelegenheiten der Kriegswirtschaft volle und vorrangige Weisungsbefugnis gegenüber allen bremischen Behörden besaß. An ihrer Spitze stand bis zu seinem Tod im Jahre 1916 Bürgermeister Karl Stadtländer, seither Bürgermeister Martin Donandt.

Gesetze der Freien Hansestadt Bremen kamen durch Mehrheitsbeschluss von Senat und Bürgerschaft zustande, wobei beide Institutionen das Recht zur Gesetzesinitiative besaßen und einem Gesetzentwurf zustimmen mussten, damit er Gesetzeskraft erhielt. Der Senat war zugleich auch der Oberste Gerichtshof der Freien Hansestadt, der Präsident des Senats ihr Oberster Gerichtsherr und als solcher Inhaber des Begnadigungsrechtes. Außerdem war der Senat Summus Episcopus der Bremischen Evangelischen Kirche und übte durch einen abgeordneten Senator die Kirchenleitung aus; 1910 waren etwa 87 % der Einwohner Bremens evangelisch.

Der Senat war mithin keineswegs nur die Exekutive und die Bürgerschaft die Legislative wie in einer modernen gewaltenteiligen Verfassung. Vielmehr handelte es sich bei diesen beiden Gremien um ständische Selbstverwaltungskörperschaften, die eine Gewaltenteilung noch nicht kannten. So wie die Bürgerschaft die Vertretung des Standes der bremischen Bürger war, so der Senat die Vertretung des bremischen Patriziats.<sup>6</sup> Als Freie Reichsstadt kannte Bremen nicht nur keinen Monarchen, sondern auch keinen landsässigen Erbadel. Aber wie praktisch alle Freien Reichsstädte des Heiligen Römischen Reiches kannte auch die Freie Hansestadt sehr wohl so etwas wie einen quasi-erblichen Bürgeradel, der sich in Bremen traditionell vor allem auf den Seehandel und die Hafenwirtschaft stützte, im 19. Jahrhundert aber zunehmend auch aus dem Bereich der Juristen kam. Die Fluktuation innerhalb dieses Bremer Patriziats war sehr gering. Patrizische Familien wie die Barckhausens, die Gildemeisters, die Kulenkampffs, die Noltenius' und die Spittas hielten „ihren“ Senatssitz zum Teil über Jahrhunderte hinweg inne.

Die 1918 in Kraft befindliche bremische Verfassung von 1854, die in ihren wesentlichen Teilen auf die – bis 1849 gültige – Verfassung von 1543 zurückging, verbot allerdings die gleichzeitige Senatsmitgliedschaft von zwei Mitgliedern einer Familie. Diese Regelung hatte eine quasi-dynastische Besetzung des Senats sowie von wesentlichen Teilen der in der Bürgerschaft dominierenden ersten beiden Klassen zur Folge: Der Familienpatriarch einer Patrizierfamilie hatte oft zugleich die Leitung des Familienunternehmens und den Senatssitz der Familie inne, vereinte in seiner Hand also wirtschaftliche und politische Macht, während seine Söhne, jüngeren Brüder, Neffen und Schwiegersöhne als Mitglieder der Kaufmannschaft oder als Juristen in der Bürgerschaft und in den Deputationen für seine politische Unterstützung und hierbei zuvörderst

---

<sup>6</sup> Zum Spezifikum dieses alteingesessenen Bürgeradels Nicola Wurthmann, Senatoren, Freunde und Familie. Herrschaftsstrukturen und Selbstverständnis der Bremer Elite zwischen Tradition und Moderne (1813–1848), Bremen 2009.

natürlich für seine Wahl in den Senat sorgten. Starb einer dieser Patriarchen oder – was in der Praxis allerdings eher selten vorkam – verzichtete er auf seinen Senatsitz, so folgte ihm in der Regel der älteste Sohn als Familienerbe in allen seinen Ämtern und Funktionen nach.

Im Jahre 1882 hatte es eine umfangreichere Verfassungsänderung gegeben, die der noch ganz mittelalterlichen Regulierung eine dem Verfassungsstand des Bismarck-Reiches angemessene Neuorganisation gab, ohne damit jedoch das ständische Grundprinzip der Verfassung anzutasten. Fortan bestand der Senat aus 18 Mitgliedern statt aus 24 wie bisher. Es wurden jeweils zwei Senatoren vom Senat zu Bürgermeistern der Stadtgemeinde Bremen gewählt, von denen dann jeweils einer für ein Jahr auch noch das Amt des Präsidenten des Senats übernahm. Der Präsident des Senats konnte von seinen Senatorenkollegen nunmehr unbegrenzt direkt wiedergewählt werden, was das bis dahin rein repräsentative Amt politisch enorm aufwertete. Die Wahl in den Senat erfolgte nunmehr durch ein zehnköpfiges Wahlmännerkollegium, das ad hoc bei einer wegen Todes oder Rücktritts eines Senators vorzunehmenden Neuwahl gebildet wurde und das je zur Hälfte aus Senatoren und Mitgliedern der Bürgerschaft bestand. Es hatte drei Kandidaten vorzuschlagen, aus denen die Bürgerschaft dann einen zum Senator wählte. Immerhin war dieses Verfahren für die Öffentlichkeit etwas transparenter als das tradierte Kooptationsverfahren, obwohl dem Senat faktisch immer noch ein Veto-Recht bei seiner Ergänzung zustand.<sup>7</sup> Im letzten Kriegsjahr 1918 stand Bürgermeister Hermann Hildebrand als Präsident des Senats an der Spitze der Freien Hansestadt und zusammen mit Bürgermeister Donandt an der Spitze der Stadtgemeinde Bremen.

In der Zusammenschau lässt sich feststellen, dass diese politische Struktur noch ganz und gar ständisch-vormodern geprägt war. Sie stand in ihrem verfassungsgeschichtlichen Entwicklungsstand der rein ständischen mecklenburgischen Verfassung näher als der – trotz des Dreiklassenwahlrechts, des adlig dominierten Herrenhauses und der monarchischen Prärogative – im Vergleich dazu bereits relativ modernen preußischen Verfassung von 1849 mit ihrem eindeutig legislativen Zwei-Kammern-Landtag, dem eindeutig exekutiven Staatsministerium und einer institutionell von beiden eindeutig abgegrenzten Gerichtsbarkeit.

## 1.2 Wirtschaftsstruktur

Die Freie Hansestadt Bremen hatte bei der Volkszählung 1919 gut 311 000 „Ortsanwesende“, davon knapp 258 000 in der Stadtgemeinde.<sup>8</sup> Bremen lebte wirtschaftlich traditionell vom Seehandel.<sup>9</sup> Aufgrund der sukzessiven Versandung der Weser, die es im Laufe der Jahrhunderte großen Schiffen immer schwieriger machte, bis nach Bremen zu kommen, wurde Weser abwärts im 17. Jahrhundert zunächst Vegesack und im 19. Jahrhundert dann Bremerhaven gegründet. Seit der großen Weserkorrektur in den 1890er-Jahren war aber auch die „eigentliche“ Stadtgemeinde Bremen wieder von großen Schiffen anlaufbar. Es gab daher in der Stadt Bremen eine Vielzahl an Hafenarbeitern und Matrosen sowie ein ausgedehntes Hafenviertel mit zahlreichen einschlägigen Vergnügungs-Etablissements. Zahlreiche Reedereien hatten in Bremen ihren Sitz, und viele davon befanden sich seit alters her im Besitz von Patrizierfamilien. Im 19. Jahrhundert hatte sich vor allem der Transatlantikhandel als zentrale ökonomische Stütze der bremischen Seefahrt etabliert – zunächst mit den USA, in der zweiten Jahrhunderthälfte dann auch zunehmend mit den jungen südamerikanischen Staaten. Importiert wurden vor allem Getreide, Tabak, Kaffee, Baumwolle, Naturwolle und Salpeter. Bremerhaven hatte sich außerdem als wichtigster deutscher Fischereistandort etabliert. Exportiert wurden vor allem Menschen: In dem Jahrhundert zwischen

---

<sup>7</sup> Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 2 (wie Fn. 3), S. 516 ff., insbes. S. 518.

<sup>8</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 41 (1920), Berlin 1920, S. 1 u. 6.

<sup>9</sup> Zur Wirtschaftsstruktur und -geschichte ausführlich Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 2 (wie Fn. 3), S. 442 ff.

den napoleonischen Kriegen und dem Ersten Weltkrieg waren die bremischen Häfen neben Hamburg, Genua und Liverpool die wichtigsten Auswanderungshäfen für Europäer, die in Amerika – zunächst vor allem in den USA und Kanada, später dann auch in einigen südamerikanischen Ländern – ein besseres Leben suchten. Aber auch darüber hinaus waren die bremischen Häfen neben Hamburg der wichtigste Ausgangsort für Transatlantikfahrten in Deutschland. Nicht von ungefähr hatte sich deshalb mit dem Norddeutschen Lloyd – unter der langjährigen Leitung der bremischen Patrizierfamilie Meier – in Bremen eine der vier damals weltweit größten Passagier-Reedereien etabliert. Vor allem in Bremerhaven, aber auch in der Stadtgemeinde Bremen hatte sich in der Folge eine umfangreiche Infrastruktur rund um das Passagier- und Auswanderergeschäft entwickelt, das viele Arbeitsplätze bot – von billigen Übernachtungsmöglichkeiten und Hotels der unterschiedlichsten Preiskategorien angefangen bis hin zu einer Vielzahl von Konsulaten vor allem amerikanischer Staaten, die Rechtsberatungen anboten und Visen ausstellten.

Die Industrie hatte sich dagegen weitaus langsamer entwickelt. So wie Hamburg trat auch Bremen nach der Reichsgründung zunächst der deutschen Zollunion nicht bei. Als Zollaussland war Bremen deshalb lange Zeit hindurch als Standort für Industriebetriebe unattraktiv. Die in den 1880er-Jahren gegründete „Nordwolle“, die sich schnell zu einem der größten deutschen Unternehmen der Textilindustrie entwickelte und der bremischen Patrizierfamilie Lahusen gehörte, fand ihren Hauptsitz deshalb im benachbarten oldenburgischen Delmenhorst, das auf diese Weise innerhalb weniger Jahre von einem etwas größeren Dorf zu einer beachtlichen Industriestadt heranwuchs. Lediglich die Tabakindustrie, eine Reihe von Kaffeeröstereien und auch eine – noch heute existierende – große deutsche Brauerei domizilierten trotz der zollrechtlichen Hindernisse schon früh in Bremen.

Erst der Beitritt der Freien Hansestadt zur deutschen Zollunion 1888 löste in den Folgejahren einen regelrechten Industrialisierungsboom in Bremen aus.<sup>10</sup> Vor allem die Werftindustrie erlebte ihren Höhepunkt. Nie zuvor – und nie wieder seither – gab es so viele Werften in der Freien Hansestadt und beschäftigten sie so viele Arbeiter. International berühmt wurde die Tecklenborg-Werft in Bremerhaven, die als eine der ganz wenigen weltweit auch im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts noch Windjammer baute. Vegesack hatte mit der Vulkan-Werft einen eigenen industriellen Großbetrieb, der auch große Ozeandampfer baute und reparierte. Aber vor allem die im stadtbremischen Gröpelingen gelegene Großwerft AG Weser bekam schnell eine zentrale wirtschaftliche Bedeutung. Nicht nur, weil hier bis 1914 eine Vielzahl an Passagierdampfern für den „Norddeutschen Lloyd“ vom Stapel lief, sondern auch, weil sie in der Ära Tirpitz zum wichtigen Rüstungsbetrieb avancierte: Etwa jedes vierte deutsche Schlachtschiff wurde hier gebaut, und im Ersten Weltkrieg dann auch zahlreiche U-Boote.<sup>11</sup> Im frühen 20. Jahrhundert und auch noch 1918 war sie der größte Arbeitgeber Bremens. Die Freie Hansestadt Bremen war ohne jeden Zweifel in ökonomischer Hinsicht zumindest bis zum Ersten Weltkrieg eine Profiteurin der wilhelminischen Flottenpolitik.

Im engen Zusammenhang mit den Werften und ihrem Zulieferungs-Bedarf ließen sich in Bremen auch einige wichtige Maschinenbau-Unternehmen nieder; die größten und wichtigsten waren die Atlas-Werke sowie die Hansa-Lloyd-Werke. Schließlich gab es in Bremen auch noch zwei moderne, leistungsstarke Großdruckereien, die des Verlages Carl Schünemann und die der Bremer Bürgerzeitung – beides industrielle Großbetriebe.

---

<sup>10</sup> Dazu im Überblick Peter Kuckuk, Industrialisierung, Sozialstruktur und Arbeiterschaft in Bremen, in: Hartmut Müller (Hg.), Bremer Arbeiterbewegung, Berlin 1983, S. 10–17.

<sup>11</sup> Vgl. Peter Kuckuk, Die Entwicklung des kommunistischen Einflusses auf die Belegschaft der AG WESER während der Weimarer Republik, in: Ebd., S. 116–123, zur Bedeutung des U-Boot-Baus für die Werft während des Ersten Weltkriegs insbes. S. 120.

Bei Kriegsbeginn 1914 war Bremen daher zu einem überwiegenden Teil eine Arbeiterstadt mit den Werften und dem Hafengewerbe als wichtigsten Arbeitgebern. Doch daneben gab es auch noch das „andere“ Bremen. Nicht nur das dank der Passagierdampfer florierende Beherbergungsgewerbe beschäftigte zahlreiche Menschen im Dienstleistungssektor. Die bremischen Patrizier umgaben sich in ihren bevorzugt in der „bremischen Schweiz“ gelegenen hochherrschaftlichen Villen ihrerseits oft mit ganzen Heerscharen von – zumeist – Dienstbotinnen. Das gehobene bremische Bürgertum versuchte es ihnen nach finanzieller Möglichkeit im Lebensstil nachzutun. Das sogenannte „Bremer Haus“ ist ein noch heute im Stadtgebiet Bremens sichtbares architektonisches Zeugnis hierfür. Nach den Werftarbeitern und den Hafentarbeitern waren daher die Dienstbotinnen die dritthäufigste Berufsgruppe in Bremen. Gerade unter den „kleinen Leuten“ bedeutete das eine sehr hohe Beschäftigungsquote der Frauen, auch wenn diese häufig miserabel bezahlt wurden. Nur bürgerliche Frauen konnten es sich in der Regel leisten, zu Hause zu bleiben und sich vom Ehemann versorgen zu lassen.<sup>12</sup> Ganze Stadtviertel wie etwa Findorff hatten aber auch nach wie vor einen ausgeprägt kleinstädtischen Charakter. Hier dominierten kleine Handwerksgeschäfte neben ebenso kleinen „Tante-Emma-Läden“. Schließlich gab es auch noch die erwähnten klassischen Landgemeinden der Freien Hansestadt, die nach wie vor von der Landwirtschaft geprägt wurden.

Lange Zeit hatte Bremen weit weniger in kultureller und fast nichts in wissenschaftlicher Hinsicht zu bieten. Oberhalb des Gymnasiums gab es keine Bildungsinstitution in Bremen – und das sollte auch noch Jahrzehnte so bleiben. Im Gegensatz zu Hamburg gab es in Bremen bis ins späte 19. Jahrhundert auch kein überregional nennenswertes kulturelles Leben. Rathaus, Börse und die traditionsbeladenen mittelalterlichen Kirchen prägten nicht von ungefähr das Bild der Altstadt Bremens und standen für die streng calvinistische Tradition der Stadt, die sich vom lutherischen Umland innerprotestantisch deutlich abgrenzte. Erst um 1900 begann sich auch dieses Bild zu wandeln. Der Sohn des Senatspräsidenten und langjährigen Bürgermeisters Alfred Pauli, der renommierte Kunsthistoriker Gustav Pauli machte Bremen zu einem Zentrum des deutschen Impressionismus. Die Bremen benachbarte Künstlerkolonie Worpswede konnte um 1900 zeitweise mit Koryphäen wie Rainer Maria Rilke, Otto Modersohn, Paula Modersohn-Becker, Fritz Overbeck und Fritz Mackensen aufwarten. In der Folge tat sich auch ein umfangreiches und finanzstarkes Mäzenatentum auf, das in wenigen Jahren viel von dem kompensierte, was es Bremen an kultureller Tradition ermangelte.<sup>13</sup>

In der Zusammenschau dieser Wirtschaftsstruktur lässt sich aber auch leicht nachvollziehen, wie sehr der Erste Weltkrieg Bremen ökonomisch und in der Folge dann auch sozial ins Mark traf. Vor allem die britische Seeblockade, die den Hafenbetrieb schon im Spätsommer 1914 weitgehend zum Erliegen brachte, war für die Einwohner in jeder Hinsicht eine Katastrophe – und zwar weit stärker als für Binnenstädte oder gar das „platte“ Land. Diese sukzessive von Kriegsjahr zu Kriegsjahr immer stärker eskalierende akute Krise des gesamten bremischen Wirtschaftsgefüges<sup>14</sup> kann als Einflussfaktor kaum überschätzt werden, wenn man den tieferen Ursachen der Novemberrevolution in Bremen nachspüren möchte.

### 1.3 Die sozialistische Arbeiterbewegung in Bremen

Diese war in Bremen durch die frühe Spaltung in drei konkurrierende und zum Teil bitter verfeindete Gruppierungen geprägt: die ursprünglich in anarchistischer Tradition stehenden, sich dann jedoch zu Kommunisten entwickelnden Linksradikalen; die eigentliche Parteilinke, die ab 1917 die Unabhängige Sozialdemokratie (USPD) bildete; schließlich die

---

<sup>12</sup> Vgl. dazu Peter Marschalck/W. Robert Lee, Die Zuwanderung weiblicher Dienstboten nach Bremen im 19. Jahrhundert, in: Bremisches Jahrbuch 83 (2004), S. 112–126.

<sup>13</sup> Vgl. dazu im Überblick: Worpswede. Eine deutsche Künstlerkolonie um 1900, Ottersberg 1986.

<sup>14</sup> Dazu Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 2 (wie Fn. 3), S. 602 ff.

Mehrheitssozialdemokratie (MSPD), die unter den Bremer Parteimitgliedern allerdings eine Minderheit darstellte.<sup>15</sup>

Linke und Linksradikale in der Bremer SPD pflegten zusammenzuhalten, solange es gegen die Parteirechten ging, die sich in Bremen vor allem auf die Gewerkschaften stützten. Jenseits dieses gemeinsamen innerparteilichen Feindbildes gab es jedoch zwischen den beiden Gruppierungen während des Ersten Weltkriegs gleichfalls zunehmend eskalierende Konflikte sowohl ideologischer wie praktisch-politischer Provenienz. Die Linken verstanden sich vor allem als Hüter der großen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie wie etwa ihres Internationalismus und des Kampfes für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Demgegenüber wurde der linksradikale Flügel während des Ersten Weltkriegs vor allem von den ideologischen und politischen Positionierungen Lenins beeinflusst, obwohl ein aus der anarchistischen Tradition stammender gewaltaffiner Aktionismus sein Charakteristikum blieb – was von erheblichem Einfluss auf die Ereignisse und den Verlauf der Revolution in Bremen sein sollte.

Diese innerparteiliche Konstellation war schon seit dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 Tatsache gewesen, als mit Julius Bruhns erstmals ein Sozialdemokrat den einzigen Bremer Reichstagswahlkreis gewann.<sup>16</sup> Da sie auch noch während der Novemberrevolution fortwirkte und deren Ereignisse in Bremen ohne die Kenntnis dieser Vorgeschichte nicht nachvollziehbar wären, soll sie hier kurz skizziert werden. Bruhns war ein scharfer innerparteilicher Gegner des legendären SPD-Führungsduos August Bebel und Wilhelm Liebknecht sowie Anhänger des zu gewalttätigen Aktionen aufrufenden Anarchisten und zeitweiligen SPD-Reichstagsabgeordneten Johann Most.<sup>17</sup> Die von Bruhns noch 1890 gegründete und von ihm als erstem Chefredakteur geprägte „Bremer Bürger-Zeitung“ erhielt deshalb zunächst ein dezidiert linksradikales politisches Profil und war ein vom Parteivorstand der SPD gefürchteter innerparteilicher „Troublemaker“, der von anarchistischen Positionen aus mit einer aggressiven Rhetorik nahezu beständig gegen die offizielle politische Linie der eigenen Partei agitierte. Allerdings war dieser „Anti-Berlin“-Kurs keineswegs die Linie der gesamten Bremer Partei.

Die innerparteilichen Konflikte in der Bremer SPD verschärfen sich zudem, als die Partei 1899 erstmals in die Bürgerschaft einzog. Die neue SPD-Bürgerschaftsfraktion bestand mehrheitlich aus Genossen des rechten Parteiflügels. Dieser gravierende politische Unterschied zur Mehrheit der Landespartei lässt sich wohl auch auf die Auswirkungen des Acht-Klassen-Wahlrechts zurückführen. Fraktionsvorsitzender wurde niemand Anderes als Friedrich Ebert. Der ursprünglich aus dem badischen Heidelberg stammende gelernte Sattler Ebert unterhielt als Kleingewerbetreibender im Hafenviertel von Bremen eine Matrosenkneipe, die auch als Versammlungsstätte der SPD diente. Die kleine, aber politisch herausgehobene SPD-Bürgerschaftsfraktion entwickelte sich auf Landesebene in der Folge zum innerparteilichen Gegenpol zur linken Parteizeitungsredaktion und zum mehrheitlich linksradikalen Landesvorstand. Dieser rechte Gegenpol fand schon bald in Teilen der Gewerkschaftsführung einen einflussreichen Verbündeten. Innerhalb der SPD-Bürgerschaftsfraktion gab es jedoch wiederum einen entschiedenen politischen Antipoden zum Fraktionsvorsitzenden Ebert, einen Antipoden, der auf die Durchsetzung der politischen Linie der Landespartei in der Fraktion drängte und sich auf diese Weise zum Intimfeind Eberts machte: den Journalisten Alfred Henke, seit 1900 Redakteur und seit 1906 Chefredakteur der Bremer Bürger-Zeitung, nachdem Ebert nunmehr im Berliner

---

<sup>15</sup> Zur sozialistischen Arbeiterbewegung in Bremen Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 2 (wie Fn. 3), S. 390 ff.; Peter Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution, Räterepublik, Restauration, 2. Aufl. Bremen 2017, S. 29 ff.

<sup>16</sup> Zu den Bremer Reichstagsabgeordneten vgl. die Datenbank [http://zhsf.gesis.org/biorabkr\\_db/biorabkr\\_db.php](http://zhsf.gesis.org/biorabkr_db/biorabkr_db.php).

<sup>17</sup> Zu ihm jetzt Frank Harreck-Haase, Der Agitator. Das Leben des Johann Most. 1. Bd.: Der Sozialist, Chemnitz 2017; auch Heiner M. Becker/Andreas G. Graf, Johann Most. Ein unterschätzter Sozialdemokrat?, Berlin 2006.

Zentralvorstand der Partei tätig war.

Landesvorsitzender der Bremer SPD war seit 1911 übrigens Wilhelm Pieck, nachmals Parteivorsitzender der KPD, Parteivorsitzender der SED und Staatspräsident der DDR. Bei den Reichstagswahlen von 1912 – den letzten vor dem Krieg – wurden nun sowohl Henke wie auch Ebert in den Reichstag gewählt. Henke vertrat seither die Freie Hansestadt Bremen, Ebert dagegen den Wahlkreis Elberfeld-Barmen, da er im parteiinternen Vorauswahlverfahren für die Kandidatur in Bremen gegen Henke keine Chance hatte. Ebert wurde 1913 als Nachfolger des verstorbenen August Bebel zu einem der Parteivorsitzenden der SPD (neben Hugo Haase) gewählt. Henke blieb dagegen auch als Reichstagsabgeordneter vor allem der Bremer Landespolitik verbunden, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und baute die von ihm geleitete Bremer Parteizeitung zu einem regelrechten Kampfblatt gegen den neuen Parteivorsitzenden und seinen politischen Kurs aus.

Während der ersten Kriegshälfte verschärfte Henke seinen innerparteilichen publizistischen Konfrontationskurs dann sogar noch und näherte sich den Linksradikalen an. Er machte den russlanddeutschen Kommunisten und Lenin-Vertrauten Karl Radek zum Redakteur der Bremer Bürger-Zeitung und stellte die Zeitung Lenin als – für diesen in den Jahren 1914 bis 1916 wichtigstes – Publikationsmedium seiner Aufsätze und Pamphlete zur Verfügung. 1916 holte Ebert schließlich zum Gegenschlag aus. Unter Zuhilfenahme der ordentlichen Bremer Gerichte kündigte Ebert dem Chefredakteur Henke und mit ihm der gesamten Redaktion der Bremer Bürger-Zeitung und ersetzte sie durch politische Vertrauensleute. Damit war der Konflikt aber keineswegs ausgestanden. Im Gegenteil: Er artete in Bremen 1916 zu einer regelrechten politischen Schlammschlacht aus. Die linksradikale und linke Parteimehrheit der SPD in der Bremer Landespartei schloss die Bremer Anhänger des Reichs-Parteivorsitzenden aus der SPD aus. Diese gründeten daraufhin ihre eigene Sozialdemokratische Partei und nahmen für sich in Anspruch, die „wahre“ SPD zu sein. Ab 1917 firmierten sie dann als Bremer MSPD, obwohl sie in Bremen eben nicht in der Partei-Mehrheit waren.

Henke seinerseits revanchierte sich mit einer verstärkten Opposition gegenüber Ebert im Reichstag. Er gehörte zu jener Minderheit von SPD-Reichstagsabgeordneten, die 1917 unter der Führung Haases die Reichstagsfraktion der SPD verließen und mit der USPD eine eigene sozialdemokratische Partei gründeten. In der Folge dieser Parteineugründung verließen allerdings auch die Bremer Parteilinken die Bremer SPD und gründeten einen eigenen USPD-Landesverband, dessen Vorsitzender Henke wurde. Übrig blieben also in der „eigentlichen“ Bremer SPD lediglich die Linksradikalen. Der SPD-Landesvorsitzende Pieck, der den Zerfall der Bremer Sozialdemokratie vergeblich zu verhindern versucht hatte, trat bereits 1915 von seinem Amt zurück und machte Johann Knief Platz, einem politisch radikalisierten Volksschullehrer, der als nebenamtlicher Musikkritiker der Bremer Bürger-Zeitung in die Politik geraten war. Von Februar bis Anfang November 1918 saß Knief dann jedoch als einer der sogenannten Rädelsführer des großen Januar-Streiks der Munitionsarbeiter von 1918 in einem Berliner Gefängnis ein, was sein Charisma als radikaler Revolutionär in den Reihen der Bremer Linksradikalen allerdings wohl eher befeuerte als abschwächte. Der Streik hatte in Bremen auch die AG Weser erfasst, wo es zu einer offenen Konfrontation zwischen linksradikalen Werftarbeitern und mehrheitssozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären gekommen war. Dies war im Oktober 1918 der Stand der Dinge in der sozialistischen Arbeiterbewegung in Bremen, als es im nicht weit entfernten Wilhelmshaven zu Meutereien in der dort vor Anker liegenden deutschen Flotte kam.

1.4 Die sozialistische Presse: „Bremer Bürger-Zeitung“, „Bremer Volksblatt“ und „Bremer Arbeiter-Zeitung“



Von den drei als Primärquellen dicht auszuwertenden Bremer Zeitungen<sup>18</sup> aus dem politischen Spektrum der sozialistischen Arbeiterbewegung ist die „Bremer Bürger-Zeitung“ die bisher mit Abstand am besten erforschte. Das liegt natürlich an der Mitarbeit Lenins und Radeks, aber auch anderer zentraler Repräsentanten des äußersten linken Flügels der SPD wie Rosa Luxemburg und Anton Pannekoek bis 1916. Für die historische Kommunismusforschung stellte diese Zeitung daher seit jeher eine wichtige Quelle dar.<sup>19</sup> Die Bremer Bürger-Zeitung war zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte zwischen 1890 und 1919 ein reines Organ der Berichterstattung, sondern stets publizistisches Kampfmittel an den verschiedenen ideologischen und machtpolitischen Fronten, nicht zuletzt oder vielleicht sogar in erster Linie an den innerparteilichen.

Bis 1907 war die Bremer Bürger-Zeitung im Auer-Verlag in Hamburg gedruckt worden. Unter der Ägide Henkes wurde dann jedoch 1907 der Verlag Schmalfeldt & Co in Bremen vom Bremer SPD-Landesverband aufgekauft. Dieser Verlag verfügte über eine große und leistungsstarke Druckerei. In dieser wurde fortan nicht nur die Bremer Bürger-Zeitung gedruckt, sondern sie bot weit über Bremen hinaus die technische Grundlage für den massenmedialen Einsatz auch sonstiger publizistischer Mittel wie etwa Plakate, Flugschriften und Broschüren. Während der Novemberrevolution ging es daher in den machtpolitischen Auseinandersetzungen um die Bremer Bürger-Zeitung nie nur um die Besetzung der Redaktion, sondern immer auch um die Kontrolle der mit ihr verbundenen Druckerei.

Strukturell stellte die „Bremer Bürger-Zeitung“ eine sozialdemokratische Regionalzeitung dar, vergleichbar etwa mit der „Münchener Post“ für Teile Bayerns und der „Leipziger Volkszeitung“ für Teile Sachsens. Sie war mithin keine Bremer Lokalzeitung, sondern bediente den gesamten nordwestdeutschen Raum, obwohl sie natürlich in Bremen ihren Sitz und damit auch das Zentrum ihrer Berichterstattung hatte und Bremen die mit Abstand größte Stadt in ihrem Einzugsgebiet war. Die Zeitung wurde aber auch im Bremer Umland, vor allem in der Industriestadt Delmenhorst, in der Hafenstadt Wilhelmshaven sowie in sozialdemokratischen Kreisen des gesamten Weser-Ems- und Weser-Elbe-Gebietes gelesen. Diese räumliche Rezeptionsbreite muss bei der Analyse ihrer Berichterstattung in Rechnung gestellt werden, insbesondere auch in Bezug auf Auflage und Leserschaft. In der Vor- und Anfangsphase der Novemberrevolution bestand die Redaktion noch aus den 1916 von Ebert eingesetzten MSPD-Redakteuren. Auf ihre wechselhafte Geschichte während dieser Revolution wird ausführlich einzugehen sein. Mit einer Auflage von etwa 23 000 Exemplaren war die BBZ nach den „Bremer Nachrichten“ die zweitgrößte Tageszeitung Bremens.

Am 4. Februar 1919 wurde die Zeitung dann durch den Militärbefehlshaber, Oberst Wilhelm Gerstenberg, verboten – und juristisch genau genommen blieb sie ab da verboten. Die MSPD hatte zwischenzeitlich eine eigene Zeitung, das „Bremer Volksblatt“ (BVB) gegründet. Da es der MSPD zunächst an der Druckerei ermangelte, hatte diese neue Zeitung anfangs nur eine sehr kleine Auflage. Unmittelbar nach den Ereignissen des 4. Februar konnte sie aber auf die Druckerei von Schmalfeldt & Co zurückgreifen, entsprechend stieg die Auflage. Die USPD gründete noch im Februar 1919 eine eigene Zeitung, die „Bremer Arbeiter-Zeitung“ (BAZ) unter der Ägide des Landesvorstandsmitgliedes Alfred Faust. Im Vergleich zum BVB blieb sie allerdings ein relativ kleines Blatt.

Nicht aufgenommen wurden in dieses Quellensample die im Flugschriftenformat erstellte linksradikale Zeitung „Der Kommunist“ und die Zeitschrift „Arbeiterpolitik“.<sup>20</sup> Beide Periodika verfügten nur über eine geringe Auflage und jenseits des engeren linksradikalen bzw.

---

<sup>18</sup> Vgl. zu diesen jetzt Holger Böning/Michael Nagel, *Erster Weltkrieg und Bremer Presse*, Bremen 2014.

<sup>19</sup> Ebd., S. 229 ff.; vgl. aus diesem Kontext auch Forschungsgruppe Arbeiterpolitik (Hg.), *Aufstieg und Niedergang der Bremer Bürger-Zeitung*, Bremen 1976.

<sup>20</sup> Böning/Nagel, *Erster Weltkrieg und Bremer Presse* (wie Fn. 18), S. 357 u. 364 f.

kommunistischen Milieus kaum über Distribution.

### 1.5 Die bürgerliche Presse in Bremen: „Weser-Zeitung“ und „Bremer Nachrichten“

Weit weniger gut als die Bremer Bürger-Zeitung sind die beiden wichtigsten bürgerlichen Tageszeitungen Bremens erforscht. Zu keiner der beiden Zeitungen gibt es bis heute eine eigene Monographie oder sonstige eingehendere pressegeschichtliche Studie. Beide Zeitungen, die „Weser-Zeitung“ und die „Bremer Nachrichten“, erschienen in demselben Verlag, dem alteingesessenen Bremer Familienbetrieb Carl Schünemann. Neben dem Verlag Schmalfeld & Co besaß der Schünemann-Verlag die zweite Großdruckerei Bremens. Es existierten allerdings getrennte Redaktionen der beiden Zeitungen, deutlich unterschiedliche Publikationskonzepte und bei näherem Hinsehen auch unterschiedliche politische Positionierungen.<sup>21</sup> Die Weser-Zeitung erschien bereits seit 1844. Über Jahrzehnte hinweg und auch noch während des Ersten Weltkriegs war bis zu seinem Tod 1917 Emil Fitger, der Bruder des zeitweise sehr bekannten Gründerzeit-Dichters und Malers Arthur Fitger, ihr Chefredakteur. Nach Fitgers Tod wurde sie dann von Gerhard Gottfried Ludolf Heile herausgegeben, der in Personalunion zugleich Chefredakteur des „Bremer Tageblatts“ war.

Allerdings blieb die Zeitung auch nach Fitgers Tod ihrem traditionellen Profil verbunden. Es war ein ausgesprochen großbürgerlich-altliberales Blatt, das vor allem die im Handel liegenden Wirtschaftsinteressen sowie die innenpolitischen Interessen des Bremer Patriziats verteidigte. Die Zeitung wandte sich gegen jede Form von Sozialpolitik und Einmischung des Staates in die Wirtschaft überhaupt, machte andererseits aber Front gegen die rheinisch-westfälische Schwerindustrie und die agrarischen Interessen der ostelbischen Junker sowie gegen jede Form von Schutzzollpolitik. Innenpolitisch wandte sie sich gegen Parlamentarisierung oder gar Demokratisierung des politischen Systems, opponierte aber gleichzeitig auch gegen autokratische monarchische Ambitionen und gegen Diktaturforderungen der politischen Rechten. Sie war einerseits betont patriotisch-national und „militärfromm“, lehnte andererseits aber jede Form von völkischem Nationalismus ab. Lange Jahre hindurch war sie außerdem entschieden antikatholisch, bekämpfte neben der Sozialdemokratie mit einer zeitweise recht aggressiven Kulturkampfretorik vor allem die katholische Zentrumspartei (obwohl diese in Bremen faktisch nicht existierte) und wandte sich darüber hinaus generell gegen jede Form der Einmischung der „Klerisei“ – auch der evangelischen – in Angelegenheiten der Politik und der Wirtschaft.

Die Weser-Zeitung war (zumindest bis 1914) eine überregionale Zeitung, die in ganz Deutschland vertrieben wurde. Bei Kriegsende 1918 hatte sie noch eine Auflage von etwas mehr als 10 000 Exemplaren. Außerhalb Bremens wurde sie bis 1914 wohl vor allem deshalb gekauft, weil nur hier die Abfahrts- und Ankunftszeiten der Passagierschiffe in den bremischen Häfen regelmäßig bekannt gegeben wurden. Wer ab Bremen oder Bremerhaven eine Seereise machen wollte oder Besuch aus Übersee erwartete, kam um den Kauf einer Weser-Zeitung nicht herum. Inwieweit dies 1918/19 noch einen wesentlichen Kaufanreiz darstellte, muss angesichts der anhaltenden britischen Seeblockade allerdings bezweifelt werden. Entsprechend erheblich dürfte der Rückgang ihrer Distribution gewesen sein. Faktisch fungierte sie 1918/19 vor allem noch als publizistisches Sprachrohr des bremischen Patriziats und ist primär unter diesem Gesichtspunkt zu analysieren. Die Weser-Zeitung unterhielt einen eigenen zweiten Redaktionssitz in Berlin, von dem aus ein erheblicher Teil der Berichterstattung im Untersuchungszeitraum bestritten wurde. Als einzige Bremer Zeitung hatte ihre Redaktion auch Zutritt zu den dreimal wöchentlich im Reichstagsgebäude in Berlin stattfindenden „Pressebesprechungen“ der Oberzensurstelle und damit einen direkten journalistischen Kontakt zur Reichsleitung.

---

<sup>21</sup> Zum Folgenden ebd., S. 37 ff.

Ein ganz anderes Profil besaßen dagegen die „Bremer Nachrichten“. Publizistisch handelte es sich bei ihnen um eine reine Lokalzeitung, die lediglich in der Stadtgemeinde Bremen und ihrem unmittelbaren Umland vertrieben wurde. Allerdings stellte sie hier die Marktführerin dar. Das war vor allem ihrem umfangreichen Anzeigenteil zu verdanken. Gerade die „kleinen Leute“ kamen um ihren Stellenanzeigenteil nicht herum, wenn sie auf der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz oder auch nur einem kurzzeitigen „Job“ waren. Auch die sonstigen Klein- und Werbeanzeigen der Zeitung waren ein unabdingbares lebenspraktisches Hilfsmittel aller weniger gut „Betuchten“ im Bremen des frühen 20. Jahrhunderts. Kulturelles spielte – anders als bei der Weser-Zeitung und auch der Bremer Bürger-Zeitung – eine untergeordnete Rolle, ein nennenswertes Feuilleton unterhielt die Zeitung nicht. Dagegen beinhaltete sie unter dem Titel „Sprechsaal“ einen umfangreichen Leserbrief-Teil, der in manchen Ausgaben des Untersuchungszeitraums bis zur Hälfte des redaktionellen Teils der Zeitung ausmachte und in dem auch Zuschriften veröffentlicht wurden, die der Redaktionsmeinung widersprachen. Strukturell handelte es sich bei diesem Periodikum um einen der typischen „Generalanzeiger“ der zeitgenössischen Presselandschaft.

Die Zeitung wurde 1743 gegründet, war also eine der traditionsreichsten deutschsprachigen Zeitungen überhaupt. Zu Zeiten des Ersten Weltkriegs war sie ein Blatt mit einer forciert nationalistischen Ausrichtung. Sie bediente intensiv den „Militarismus der kleinen Leute“ (Thomas Rohkrämer) und wurde in dieser Hinsicht in den unterschiedlichen Kreisen der sozialistischen Arbeiterbewegung Bremens als zugleich ideologische und Marktkonkurrenz mit nachdrücklicher Antipathie betrachtet. Die Zeitung unterhielt – für eine Lokalzeitung ungewöhnlich – einen eigenen Korrespondenten in Berlin, der im Untersuchungszeitraum einen Großteil der Berichterstattung bestritt. Ihr langjähriger Chefredakteur Georg Kunoth war nach dem Tod Fitgers der prominenteste bürgerliche Journalist Bremens und als zugleich langjähriges Mitglied der Bürgerschaft nicht nur mit den angestammten politischen Entscheidungsträgern Bremens, sondern auch mit allen bürgerlichen Vereinen, Verbänden und sonstigen Institutionen hervorragend vernetzt. Mit einer Auflage von ca. 50 000 Exemplaren waren die Bremer Nachrichten das mit Abstand auflagenstärkste Blatt in Bremen.

Nicht in das Quellensample aufgenommen wurde das „Bremer Tageblatt“, eine politisch noch weiter rechts von den Bremer Nachrichten positionierte Tageszeitung mit eindeutig alldeutscher Ausrichtung, deren Auflage und Distribution hinter den einbezogenen bürgerlichen Tageszeitungen zurückblieb. Die Stadtgemeinde Vegesack hatte mit der „Norddeutschen Volkszeitung“ (vormals „Vegesacker Wochenblatt“) eine eigene kleine Zeitung<sup>22</sup>, die aufgrund ihrer geringen Distribution hier nicht weiter berücksichtigt wird. Gleichfalls unberücksichtigt bleibt das auf kirchliche Nachrichten und theologische Abhandlungen spezialisierte „Bremer Kirchenblatt“ der Bremischen Evangelischen Kirche.<sup>23</sup>

## 1.6 Methodologische Vorbemerkung

Die Geschichte der Revolution 1918/19 in Bremen soll nachfolgend auf den zwei Ebenen untersucht werden, auf denen sie sich abspielte: auf der (Meta-)Ebene der durch das Massenmedium Zeitung generierten Öffentlichkeit, welche die Rahmenbedingungen der Sphäre der Politik setzte, und auf der Ebene der politischen Ereignisgeschichte, bestehend aus den Handlungen und Unterlassungen der konkreten Protagonisten bremischer Politik innerhalb dieser Rahmenbedingungen. In der wissenschaftlichen Darstellung bedeutet dies, die Zeitungen und ihre Artikel nicht naiv als authentische Wiedergaben von „Realität“ zu lesen, sondern ihren

---

<sup>22</sup> Ebd., S. 355 f.

<sup>23</sup> Ebd., S. 358.

performativen Charakter in Rechnung zu stellen und forschungsstrategisch ernst zu nehmen. Nach einer Rekonstruktion des öffentlichen Diskurses in der unmittelbar vorrevolutionären Phase des Oktobers 1918 soll die massenmediale Konstruktion und Beurteilung von Realität deshalb der politischen Ereignisgeschichte gegenübergestellt werden, deren Darstellung sich im Falle Bremens erfreulicherweise auf eine ausgesprochen umfangreiche und valide politikgeschichtliche Forschung basieren lässt. In der Zusammenschau dieser beiden Dimensionen des Phänomens lassen sich sodann ihre Interdependenzen festmachen und mit ihnen der spezifischen Qualität dieser Revolution als einem politischen Phänomen in einem massenmedial generierten öffentlichen Raum nachspüren.

Geographischer Untersuchungsraum soll dabei schwerpunktmäßig die Stadtgemeinde Bremen sein, nicht jedoch die Stadtgemeinde Bremerhaven und die zwar politisch und administrativ, nicht aber geographisch zur Stadtgemeinde Bremen zählenden bremischen Hafengebiete „in Bremerhaven“. Bremerhaven hatte seine eigene Revolutionsgeschichte, die zwar einige Parallelen mit der Bremens aufwies, allerdings nicht identisch mit dieser war und auch andere Protagonisten kannte – und es hatte zumindest in wesentlichen Teilen auch eine differente Presselandschaft.<sup>24</sup>

Zeitlich lässt sich die Geschichte der Revolution 1918/19 in dem so geographisch eingegrenzten Untersuchungsraum Bremens in vier tagesgenau zu unterscheidende Phasen differenzieren: erstens die Phase der unmittelbaren Vorgeschichte und zweitens die Phase der eigentlichen Novemberrevolution und der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates; drittens die Phase der Räterepublik und ihrer gewaltsamen Niederschlagung; schließlich viertens die Phase des Übergangs zur parlamentarischen Demokratie, der in Bremen im April 1919 allerdings noch ein politisches Nachspiel folgte, das hier zumindest perspektivisch einbezogen werden muss: die im bremischen Volksmund bis heute so genannten Bremer Stacheldrahtostern.

Folgende Abkürzungen finden Verwendung: BBZ = Bremer Bürger-Zeitung; BVB = Bremer Volksblatt; BAZ = Bremer Arbeiter-Zeitung; BN = Bremer Nachrichten; WZ = Weser-Zeitung. Wenn von einer Zeitung mehrere Ausgaben an einem Tag erschienen, so ist mit „B“ die spätere Ausgabe des Tages bezeichnet.

## **2. Weltkriegsende und Vorabend der Revolution: 1. Oktober 1918 bis 5. November 1918**

In diesen ersten Wochen des Untersuchungszeitraumes sind in den Bremer Tageszeitungen vor allem drei zentrale Narrative auszumachen: die durch kaiserlichen Erlass vom 29. September proklamierte Demokratisierung Deutschlands; das am 5. Oktober publik gemachte Waffenstillstandsgesuch und damit verbunden die akute Frage nach einem Ende des Krieges; schließlich die konkrete Lebenssituation der Bevölkerung Bremens am Vorabend des fünften Kriegswinters.

### **2.1 Die Demokratisierung Deutschlands**

Die BBZ setzte große Hoffnungen und Erwartungen auf sie („endlich“, BBZ 3.10.18), gleichzeitig findet sich in ihr jedoch nach wie vor eine „Underdog“-Perspektive gegenüber den bürgerlichen Parteien und der bisherigen Reichsleitung. Befürchtungen wurden laut, von diesen politisch nicht ernstgenommen zu werden. Zugleich wird eine Unsicherheit bezüglich des eigenen Rückhaltes in der Arbeiterschaft spürbar – etwa in den wiederholten eindringlichen Appellen an die Arbeiterschaft

---

<sup>24</sup> Dazu Peter Kuckuk, Die Rätebewegung in den Unterweserstädten Bremerhaven, Geestemünde und Lehe 1918/1921, in: Ders., Bremen in der Deutschen Revolution (wie Fn. 15), S. 399 ff.; Böning/Nagel, Erster Weltkrieg und Bremer Presse (wie Fn. 18), S. 356.

zur „Vernunft“, häufig verbunden mit Aufforderungen, die BBZ zu abonnieren. „Diktatur oder Mehrheitsherrschaft“ (BBZ 1.10., 22.10.18) – das war der Punkt, auf den es die Zeitung wiederholt brachte: Das alte monarchische Regime habe abgewirtschaftet, Deutschland stehe vor der Alternative einer parlamentarischen Demokratie oder einer rechten Militärdiktatur, die MSPD kämpfe für die Demokratie. Das Gespenst des Kommunismus sucht man in diesen Wochen in der BBZ dagegen vergebens, und auch die junge Sowjetunion war keine Bezugsgröße – in welcher Hinsicht auch immer.

Die BN befließigten sich währenddessen einer für ihren bisherigen Stil ungewöhnlich neutralen, sachlichen Berichterstattung über die jeweils neuesten Nachrichten aus der Reichshauptstadt. Der neue Reichskanzler Max von Baden erschien in ihren Spalten als der Hauptinitiator und -akteur der mit der Verlautbarung des Kaisers initiierten Oktoberreformen, wobei sich die Redaktion nachgerade peinlich genau einer eigenen politischen Positionierung zu diesen Reformen enthielt (z. B. BN 3.10.18).

In der WZ findet sich dagegen ein aversives Unverständnis gegenüber dieser Reformpolitik und gegenüber den Funktionsweisen einer parlamentarischen Demokratie generell. Stattdessen begegnet man einer moralisierenden Ablehnung der Verfassungsreform des Oktobers 1918 als korrupte Machenschaft von moralisch minderwertigen Parteibonzen, die sich lediglich Vorwände suchen würden, um in die Staatskasse greifen und sich persönlich die Taschen füllen zu können (WZ 24.10.18 B). Mit dieser Polemik blieb sie ihrer traditionellen politischen Ausrichtung treu, in der jede Änderung des bestehenden politischen Systems scharf abgelehnt wurde.

Die bremische Landespolitik spielte in allen drei Zeitungen eine untergeordnete Rolle. Über den Gesetzentwurf des bremischen Senats vom Oktober, mit dem das bremische Bürgerschafts-Wahlrecht demokratisiert werden sollte, sowie über die Vorgänge rund um den gescheiterten Versuch des Senats, einen MSPD-Politiker zu kooptieren, wird zwar berichtet, aber durchgehend in kurzen, kommentarlosen Artikeln auf den Innenseiten der Blätter (z. B. BN 29.10.18).

Die Vorgänge im Großen Hauptquartier am 29. September und die Kronratssitzung vom 2. Oktober sowie die dortigen Auseinandersetzungen werden in keiner der drei Zeitungen auch nur erwähnt. Verfassungsreform und Waffenstillstandsgesuch erscheinen – unabhängig von der inhaltlichen Wertung – in BBZ und WZ als politische Initiativen der Reichstagsmehrheit bzw. in den BN als Initiative Max von Badens, der sich dabei auf die Reichstagsmehrheit stützt (BBZ 7.10.18, BN 6.10.18, WZ 6.10.18). Die OHL kommt als politischer Faktor dagegen nicht vor. Und noch etwas ist auffällig: Keine der drei Zeitungen antizipiert die revolutionären Ereignisse in Bremen am 6. und in Berlin am 9. November – selbst wenige Tage zuvor nicht.

## 2.2 Krieg und Waffenstillstandsgesuch

Neben der Demokratisierung Deutschlands war die Kriegsberichterstattung das zweite zentrale Narrativ aller drei Zeitungen. Den ganzen Oktober 1918 hindurch ging der Krieg in unverminderter Härte weiter. Es erfolgten in allen Ausgaben sämtlicher Zeitungen umfangreiche und detaillierte Berichte über die verschiedenen militärischen Operationen an den diversen Fronten, insbesondere an der Westfront. Im Mittelpunkt der Kriegsberichterstattung standen die täglichen Bulletins der OHL, die zumeist im vollen Wortlaut abgedruckt und häufig mit positiven bis begeisterten Kommentaren versehen wurden (auch in der BBZ, z. B. 22.10., 24.10.18). Dieser Kriegsberichterstattung zufolge war Deutschland an allen Fronten siegreich und militärisch in einer ausgesprochen starken Position. Von militärischer Schwäche, gar einem drohenden militärischen Zusammenbruch liest man auch in der BBZ nichts. Das Waffenstillstandsgesuch erscheint vielmehr

in allen drei Zeitungen als rein politisch motiviert. Vergleicht man die hier abgedruckten Statements der OHL mit dem, was für den gleichen Zeitraum hinter den Kulissen an militärischer Lageeinschätzung vorgefunden werden kann, so kommt man nicht umhin, hier von bewusster und gezielter Desinformation seitens der OHL zu sprechen. Auch nach der Entlassung Ludendorffs wurde noch ein von der Kriegswirklichkeit grotesk abweichendes Bild gezeichnet.

Die Motivation für das Waffenstillstandsgesuch wird in allen drei Zeitungen in Verbindung mit einer vermeintlichen außenpolitischen Konstellation gesetzt: dem „moderaten Verständigungspolitiker“ Woodrow Wilson, mit dem man über die Köpfe der „chauvinistischen Entente“ in Paris und London hinweg und schließlich gegen sie einen „Verständigungsfrieden“ schließen könne. Wilson erschien (und zwar auch in der BBZ, z. B. 16.10.18) als eine Art präsidentlicher Verbündeter Deutschlands im Lager des Feindes, gewissermaßen als eine Art Lenin des Westens. Diese Berichterstattung lässt ausgesprochen deutlich werden, wie sehr die zeitgenössische öffentliche Darstellung der Ereignisse in Bremen von einem gravierenden Mangel an wichtigen Informationen, von den Propagandabildern der vorausgegangenen Monate, von den Wünschen und Hoffnungen der Zeitungsmacher – und nicht zuletzt von den publizistischen Auswirkungen einer Pressezensur geprägt wurde, die eben auch noch in den Wochen der Oktoberreformen praktiziert wurde. Fraglich ist freilich, inwieweit dies tatsächlich auch die Wahrnehmung der Bevölkerung bzw. großer Teile von ihr widerspiegelt, und ob nicht gerade hier ein wichtiges Moment der Unglaubwürdigkeit der Presse-Berichterstattung zu finden ist – mithin eine der Hauptursachen für die nachfolgenden revolutionären Ereignisse.

Die Bewertungen dieser vermeintlichen Außenpolitik sind dann allerdings ausgesprochen antagonistisch. Während die BN sich wiederum weitgehend auf die Berichterstattung dessen beschränkten, was sie für die Fakten hielten (z. B. 11.10.18), begrüßte die BBZ das Waffenstillstandsgesuch und die anschließenden Verhandlungen mit Wilson als endlich erfolgende Umsetzung einer Verständigungspolitik, welche die Sozialdemokratie seit Jahren gefordert habe (22.10.18). Die WZ äußerte dagegen von Anfang an nachdrückliche Skepsis bezüglich dieses vermeintlichen Konzepts und sah sich durch Wilsons im Laufe des Oktobers immer umfangreicher werdende Forderungen und Vorbedingungen für Waffenstillstandsverhandlungen in ihrer Skepsis bestätigt: Wilson könne sich nicht gegen die Chauvinisten im eigenen Land durchsetzen und stehe außerdem unter dem massiven Druck der chauvinistischen Regierungen in Paris und London. Die Mehrheitsparteien des Reichstags wurden daher wegen ihrer vermeintlichen außenpolitischen Naivität von der WZ scharf kritisiert (22.10.18 B). Mit dem Wissen über die Hintergründe und Zusammenhänge des deutschen Waffenstillstandsgesuchs liest sich diese Berichterstattung allerdings wie eine merkwürdig irrealer Phantom-Diskussion. Bemerkenswert wenig wird in allen drei Zeitungen über die Meutereien in der deutschen Hochseeflotte Ende Oktober 1918 zunächst in Wilhelmshaven, Anfang November dann in Kiel berichtet. Auch hier wird man wohl ein recht effektives Einwirken der Kriegspressezensur als ursächlich anzusprechen haben.

Jenseits der genannten Kriegsberichterstattung tauchte die OHL nur im Zusammenhang mit der Entlassung Ludendorffs am 26. Oktober auf – mit dann allerdings charakteristisch unterschiedlichen Interpretationen und Wertungen. Die BBZ interpretierte sie als überfällige Demissionierung eines Generals, der sich zu sehr auf die Alldeutschen eingelassen habe, um für eine parlamentarische Regierung einer deutschen Demokratie tragfähig zu sein (29.10.18). Die BN deuteten sie dagegen als politischen Symbolakt des Reichskanzlers Max von Baden, der damit demonstrierte, dass es ihm mit der Unterstellung des Militärs unter die Kommandogewalt der Regierung ernst sei (27.10.18). Die WZ geht hingegen nicht von einer Entlassung Ludendorffs, sondern von dessen freiwilligem Rücktritt aus und interpretiert ihn als politischen Protestakt, mit dem Ludendorff auf die verantwortungslose Politik der Mehrheitsparteien des Reichstags hinweisen wollen, was den nachdrücklichen Beifall der WZ findet (27.10.18 B).

Von Bedeutung erscheint in diesem Zusammenhang, dass sich diese Berichterstattung in allen drei Zeitungen auf die Personalie Ludendorff konzentrierte. Die militärische Autorität der OHL als Institution blieb so unhinterfragt und unangetastet, ebenso die persönliche Hindenburgs und diejenige von Ludendorffs Nachfolger Wilhelm Groener. Nirgendwo findet sich auch nur ansatzweise ein Hinweis darauf, dass Ludendorffs Abgang womöglich nicht nur politische Gründe haben, sondern mit der militärischen Situation in Zusammenhang stehen könnte.

Versucht man diese auffällige Fehl- und Nicht-Berichterstattung einzuordnen, so lässt sich feststellen, dass die Zeitungen keine validen Informationen über die tatsächlichen politischen Vorgänge hatten und daher das, was für sie beobachtbar war, in Deutungszusammenhänge einordneten, die den jeweiligen politisch-ideologischen Überzeugungen und persönlichen Interessen ihrer Macher entsprachen. Diese systematische Nicht-Information der Öffentlichkeit über existenzielle politische Entscheidungen, ihr Zustandekommen, ihre Träger und ihre militärische Grundlage, die selbst politisch wohlmeinende Journalisten auf Spekulationen angewiesen sein ließ, entsprach durchaus den Herrschaftsstrukturen einer traditionellen Monarchie, in der Politik im Arkanbereich der Macht stattfand, nicht im medial generierten öffentlichen Diskurs. Aber sie widersprach dem kaiserlich approbierten Parlamentarisierungs-Impuls, und sie war hochgradig kontraproduktiv mit Blick auf den nachfolgend betrachteten dritten zentralen Strang der Berichterstattung in den Bremer Tageszeitungen. Noch etwas kommt hinzu: die Reduzierung der Bremer Presse in militärischen Angelegenheiten auf obrigkeitliche Verlautbarungsorgane, womit auch in dieser Hinsicht die Traditionen der preußischen Militärmonarchie unter den Auspizien des Belagerungszustandes fortgeführt wurden. Inwieweit hier über die staatliche Zensur hinaus auch eine journalistische Selbstzensur vorlag, muss freilich dahingestellt bleiben. Bemerkenswert ist jedenfalls schon, dass ein Ludendorff nach seiner Demission zumindest für BBZ und BN plötzlich doch kritisierbar war.

### 2.3 Die Lebensbedingungen der (einfachen) Bremer Bevölkerung

Dieses dritte Narrativ der Bremer Tageszeitungen im Oktober 1918 tritt gegenüber den beiden anderen skizzierten im Umfang und in der Prominenz der Berichterstattung mehr oder weniger deutlich zurück, allerdings mit bemerkenswerten Unterschieden zwischen den drei Zeitungen. In der WZ kommt das Thema schlicht und einfach gar nicht vor. Stattdessen gibt es durchgehend umfangreiche Börsenberichterstattung. Im Vergleich mit den beiden anderen Zeitungen entlarvt sich die WZ hier eindeutig als Oberschichtenblatt. Die BBZ veröffentlichte regelmäßig, allerdings stets nur in kurzen Artikeln und im Inneren des Blattes, Berichte über strenge Rationierungen von Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs sowie von den – zumeist vergeblichen – Versuchen der bremischen Gewerkschaften, diese zu lockern und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu verbessern (z. B. 30.10.18).

Am umfangreichsten und informativsten berichten dagegen (angesichts ihrer politischen Grundhaltung im Grunde erstaunlicherweise) die BN, in deren Rubrik „Sprechsaal“ Leserbriefe veröffentlicht wurden, die in jenen Wochen zum größten Teil um die Themen Hunger aufgrund von Nahrungsmittelmangel und Arbeitslosigkeit aufgrund der Hafensperre kreisten (z. B. 20.10.18). Auch im genuin redaktionellen Teil der Zeitung wurde relativ umfangreich auf die gravierende Notlage der Bevölkerung hingewiesen, auf die verbreitete Unterernährung und daraus sich ergebende Anfälligkeit für Erkrankungen wie eine verheerende Grippe-Epidemie mit vielen Toten. Die Hoffnungen von Redaktion und Lesern auf eine möglichst baldige Öffnung des Hafens für Lebensmittelimporte werden überall greifbar. Schließlich eröffnet auch der umfangreiche Anzeigenteil der Zeitung mit seinen – täglich – teilweise seitenlangen Todesanzeigen gefallener

Soldaten einen offenen und deprimierenden Blick auf die Lebensrealitäten der einfachen Bevölkerung.<sup>25</sup>

Versucht man nun, dieses öffentliche Narrativ mit den beiden anderen jener Wochen analytisch zusammenzudenken und sie mit den Lebensrealitäten und dem rekonstruierbaren Informationsstand der Bevölkerung in Beziehung zu setzen, so ergibt sich eine höchst komplexe Situation, die von einer tiefen und grundsätzlichen Vertrauenskrise geprägt war – und von den politischen Folgewirkungen einer desaströsen Informationspolitik. Konkret: Hunger, Krankheiten, Arbeitslosigkeit, die Nöte des hereinbrechenden fünften Kriegswinters, die Angst um die Söhne und Brüder an der Front und das, was man aus persönlichen Berichten über die Front wusste oder durch umlaufende Gerüchte über sie zu wissen glaubte, standen in einem gravierenden Kontrast zu den optimistischen Berichten in den Zeitungen jedweder politischer Couleur und entlarvten deren Berichterstattungen als Propaganda. Die Nachricht vom Waffenstillstandsgesuch machte für viele das bisherige verzweifelte Durchhalten für den erhofften Sieg schlagartig sinnfrei. Für viele war es die Bestätigung ihres seit langem gehegten Misstrauens gegen „die da oben“ – und zwar auch gegen „die da oben“ im eigenen politischen Lager, denn ein wesentlicher Unterschied in der Berichterstattung der mehrheitssozialdemokratischen BBZ bezogen auf den Kriegsverlauf und die militärische Situation ließ sich nicht erkennen. Der gleichzeitige massenmediale Demokratisierungsdiskurs musste unter diesen Umständen als Loyalitätsgenerator fast schon zwangsläufig wirkungslos bleiben.

Im Laufe des Oktobers verstärkte sich diese Entwicklung noch durch die sich widersprechenden Deutungen und kaum noch camouflierten offenen Spekulationen um die Hintergründe von Ludendorffs Demission. Die Tatsache, dass die anfangs geweckten Hoffnungen auf ein schnelles Kriegsende durch Verhandlungen mit dem US-Präsidenten dann auch noch durch wochenlange, scheinbar ergebnislose Notenwechsel enttäuscht wurden, ließ in Verbindung mit öffentlichen Statements wie denen der WZ die Befürchtung wachsen, alles dies sei wieder einmal nur eine reine Propaganda-Inszenierung – und der Krieg solle trotz allem ad infinitum weitergehen. In der weitgehenden Nicht-Berichterstattung über die Proteste der Matrosen gegen ein Auslaufen der Schlachtflotte und die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen zur See ließ sich schließlich kaum noch anderes sehen als eine Bestätigung dieser Wahrnehmung. Das bedeutete in der Konsequenz aber auch, dass das, was in Bremen dann geschah, wesentlich durch das motiviert wurde, was man über die „große Politik“ in Berlin erfuhr. Stein des Anstoßes der Revolution in Bremen war also nicht der Senat oder die ständische Verfassung der Freien Hansestadt; beide gerieten nur insofern ins Visier, als sie die (im Wortsinne) vor Ort greifbaren Repräsentanten von „denen da oben“ waren.<sup>26</sup>

### **3. Die „eigentliche“ Novemberrevolution und die zunehmende Polarisierung: 6. November 1918 bis 9. Januar 1919**

In der zweiten Phase des Untersuchungszeitraums stechen zwei zentrale Ereignisse heraus: die „eigentliche“ Novemberrevolution und die Geschehnisse rund um die Rückkehr des 1. Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 75 nach Bremen zur Jahreswende. Nachfolgend soll es zunächst um die „eigentliche“ Novemberrevolution gehen.

---

<sup>25</sup> Zur – sehr erhellenden – Geschichte der Todesanzeigen in den Bremer Zeitungen während des Ersten Weltkriegs Böning/Nagel, Erster Weltkrieg und Bremer Presse (wie Fn. 18), S. 241 ff.

<sup>26</sup> Zu diesem komplexen Gemengelage vgl. paradigmatisch Florian Altenhöner, Kommunikation und Kontrolle. Gerüchte und städtische Öffentlichkeiten in Berlin und London 1914/1918, München 2008, insbes. S. 307 ff.



### 3.1 Der öffentliche Diskurs

In der ersten Novemberwoche liefen die Narrative des Oktobers in den Tageszeitungen zunächst weitgehend unverändert in den drei oben beschriebenen Bereichen weiter. Lediglich in der BBZ wurde bereits Mitte Oktober der Rücktritt Kaiser Wilhelms II. gefordert (18.10.18). Diese Forderung wiederholte sich dann in den folgenden Tagen in nahezu jeder Ausgabe, ihr Ton wurde sukzessive immer eindringlicher, intensiver und beschwörender. Am 5. November wurde erstmals mit dem Rückzug der MSPD aus der Reichsleitung gedroht, falls der Kaiser jetzt nicht endlich abdankte. Zugleich wurde vor einer Staatskrise gewarnt, bei der dann nicht mehr nur Wilhelm II., sondern „das Hohenzollerngeschlecht“ und die Monarchie als Staatsform zur Debatte stünden. Ab Ende Oktober stimmten zunächst die BN in dieses Narrativ ein (31.10.18), ab Anfang November auch die WZ (1.11.18). Alle drei Zeitungen erwarteten ab diesem Zeitpunkt gewissermaßen stündlich die Nachricht von der Abdankung Wilhelms II. und äußerten sich in ihren folgenden Ausgaben befremdet (BN und WZ) bzw. erregt (BBZ) darüber, dass sie immer noch nicht vorliege. Bemerkenswerterweise wurde aber in keinem Artikel der drei Zeitungen benannt, warum man die schleunige Abdankung Wilhelms II. forderte bzw. erwartete. Die Texte lesen sich stattdessen so, als wäre diese Forderung bzw. Erwartung für alle Beteiligten eine solche Selbstverständlichkeit, dass man sie nicht weiter begründen müsse. Es gab jedenfalls keine explizite Verquickung mit dem Kriegs- bzw. Waffenstillstandsnarrativ (und den Forderungen Wilsons in seinem Notenwechsel mit der deutschen Reichsleitung), das parallel in gegenüber dem Oktober praktisch unveränderter Weise weiterlief.

In den Tagen zwischen dem 5. und dem 7. November folgten dann auch Berichte über die „Matrosenherrschaft“ (BBZ 6.11.18) bzw. die „Unruhen“ (BN 6.11.18 B und WZ 6.11.18 B) in Kiel sowie die Nachricht, dass diese sich auf Hamburg ausgedehnt hätten. Die Plötzlichkeit und Schlagartigkeit, mit der die Revolutionsereignisse dann am 6. November 1918 in Bremen hereinbrachen, lässt sich sehr deutlich an den Zeitungsausgaben des 7. November 1918 nachvollziehen (die über die Ereignisse des Vortags berichten). Zunächst waren noch alle drei Zeitungen primär bei den Narrativen der „großen Politik“, insbesondere bei den nun tatsächlich begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen, während gleichzeitig in den Spalten daneben Artikel veröffentlicht wurden, die zeigen, dass man verunsichert, ja, nachgerade ängstlich herauszufinden versuchte, was draußen vor den Redaktionsgebäuden auf den Straßen Bremens eigentlich vor sich ging. Vor allem die WZ (7.11.18 B) schrieb dabei in einem Duktus, der von einem selbstbeschwichtigenden Nicht-wahr-haben-wollen getragen war. Die nächsten Ausgaben der drei Zeitungen standen dann aber jeweils bereits ganz im Zeichen der akuten Ereignisse vor Ort – mit dem Abdruck der Proklamation des neuen Bremer Soldatenrates und den Namen der Mitglieder des Soldatenrates auf den Titelseiten aller drei Zeitungen. Die Waffenstillstandsverhandlungen verschwanden in hintere Teile der Zeitungen.

Bemerkenswerterweise berichteten vor allem BN und WZ ausführlich und in umfangreichen Artikeln über die Ereignisse in Bremen an diesem 6. November (BN 6.11.18 B, WZ 7.11.18 B), während sich die BBZ auf mehrere schlaglichtartige Kurzartikel beschränkte, die wenig informativ sind (7.11.18). Die Berichte von BN und WZ sind allerdings uneinheitlich und in manchen Details auch widersprüchlich; man gewinnt den Eindruck, dass die Reporter auf den Straßen unterwegs waren und einfach nur aufschrieben, was sie sahen, aber ohne dieses Gesehene einordnen zu können und ohne Hintergrundinformationen zu besitzen.

Insgesamt zeichnet sich das Bild einer chaotischen Gemengelage ab, bei der allerdings ein großer Teil der Bevölkerung der Stadt auf der Straße gewesen zu sein scheint. Die bekannten „Hot Spots“ der Bremer Revolutionsereignisse an diesem Tag: Gefangenenzug mit Matrosen auf dem Bremer Hauptbahnhofs Gelände, Hauptbahnhof, Rathaus und AG Weser, zeichnen sich durchaus

auch in dieser Berichterstattung ab, aber ohne dass dabei ein konzises Bild eines konkreten Geschehensablaufes entstünde. Die BN glaubten in diesem Zusammenhang zunächst vor allem eine „Neuordnung der Militärgewalt in Bremen“ (7.11.18 B) zu sehen und erwähnten die Arbeiter und den neuen Arbeiterrat nur kurz und nebenbei. Die WZ sprach ebenso nur von einer „Einsetzung“ des Soldatenrates, schenkte dem Arbeiterrat dagegen gleichfalls nur beiläufige Beachtung (7.11.18 B), während in der BBZ außer den Namen der Mitglieder des Soldatenrates fast nichts von alledem zu lesen ist (7.11.18).

BN und WZ (nicht jedoch die BBZ) brachten die Rede des USPD-Politikers Adam Frasunkiewicz vom Rathausbalkon im Wortlaut, in der dieser am Abend des 6. Novembers die „sozialistische Republik“ proklamierte. Die WZ empörte sich in diesem Zusammenhang darüber, dass diese Rede „von oben herab“ gehalten worden sei. Die Rede selbst war vor allem beschwichtigender und im Kern keineswegs revolutionärer Natur. Frasunkiewicz forderte BN und WZ zufolge vor allem dazu auf, „als echte Sozialisten“ friedlich zu demonstrieren und auf keinen Fall Gewalt anzuwenden. Die BN (nicht jedoch die WZ) brachte außerdem den Wortlaut der Rede eines namentlich nicht genannten Soldaten, in dem man Bernhard Ecks vermuten kann, ohne jedoch einen Beleg dafür zu haben. Dieser erklärte, dass die Soldaten „sich in den Dienst der allgemeinen Revolution“ gestellt hätten, „nachdem die militärische Diktatur der bisherigen Machthaber so völlig versagt“ habe. Er proklamierte die Machtübernahme durch den Arbeiter- und Soldatenrat und brachte ein „Hoch“ auf die sozialistische Republik aus.

Am 9. November 1918, dem historischen Tag des Kaisersturzes, änderte sich in der Berichterstattung zunächst nichts. Insbesondere die anstehenden Waffenstillstandsverhandlungen und die damit verbundenen Hoffnungen wurden in allen drei Zeitungen nun ausführlich behandelt (BBZ 7.11.18: „Baldiges Kriegsende“). Die Berichterstattung zu den Ereignissen des 9. November in Berlin setzte dann wiederum unvermittelt ein, allerdings mit charakteristischen Unterschieden: BN und WZ berichteten ausführlich und detailliert über die Vorkommnisse dieses Tages in Berlin (BN 9.11.18, WZ 10.11.18). Der Fokus der Berichterstattung schwenkte wieder weg von Bremen und ganz zu den Revolutionsereignissen in der Reichshauptstadt. Insbesondere das unmittelbare Ereignis der Proklamation der Republik stand in beiden Zeitungen im Mittelpunkt der Berichterstattung. Diese wurde eindeutig mit Philipp Scheidemann und der MSPD verknüpft – beide Zeitungen brachten dessen Rede vor dem Reichstagsgebäude (mit leichter Variation) im Wortlaut. Im Falle der WZ lässt sich dabei ein Originalbericht vermuten. Eine drohende spartakistische Machteroberung als Motivation dieser Rede lässt sich allerdings in keiner der beiden Zeitungen als ursächlich eruieren, vielmehr stand die Proklamation der Republik in einem direkten und unmittelbaren Zusammenhang mit dem Kaiser-Narrativ um die Abdankung Wilhelms II., das zu diesem Zeitpunkt in den Bremer Zeitungen bereits ca. zwei Wochen alt war. Bereits in ihrer ersten Ausgabe vom 9. November titelten die BN: „Die deutsche Revolution“. Aus der Berichterstattung beider Zeitungen wird deutlich ersichtlich, dass die politische Dimension einer Revolution klar wahrgenommen wurde – und zwar einer Revolution weg von der Monarchie hin zu einer demokratischen Republik. Es ging jedoch noch nicht um das Thema Räteherrschaft versus Parlamentarismus. Der Sturz der Monarchie und die Gründung der „Deutschen Republik“ waren die wahrgenommenen zentralen Ereignisse, welche ihrerseits an das Demokratisierungs-Narrativ der ersten Phase anschlossen. Die Proklamation einer „sozialistischen Republik“ durch Karl Liebknecht am selben Tag spielte dagegen in der Berichterstattung beider Zeitungen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Vergleich mit dieser ausführlichen Berichterstattung der bürgerlichen Bremer Presse ist es bemerkenswert, wie wenig informativ die BBZ über die Ereignisse berichtete. Ihre Informationspolitik war nachgerade dethematisierend. Dies kann ursächlich nicht allein in der mangelnden Informiertheit der Redaktion über die Vorgänge in Berlin begründet sein, wo man im

Gegensatz zur bürgerlichen Bremer Presse nicht durch einen eigenen Korrespondenten oder gar eine Zweitredaktion vertreten war. Vielmehr sind hier auch politisch-ideologische Motivationen anzunehmen: Was da geschah, kam der politischen Ausrichtung der MSPD-Zeitung offensichtlich ungelegen. Danach trat das bisherige Kriegs- und Waffenstillstandsnarrativ in der Berichterstattung endgültig in den Hintergrund.

### 3.2 Die politische Ereignisgeschichte

Die Revolution begann in Bremen mit einem Handstreich, der unter anderen politischen Umständen wahrscheinlich nicht mehr als eine Polizeiaktion ausgelöst hätte.<sup>27</sup> Ohne die vorhergehenden Ereignisse in Wilhelmshaven und Kiel sind dieser und seine politischen Folgen deshalb nicht zu verstehen. Ein einfacher Soldat namens Bernhard Ecks sammelte an diesem 6. November 1918 morgens in der Kaserne in der Bremer Neustadt etwa 100 Kameraden um sich, wo er als Teil einer Reserveeinheit stationiert war. Gemeinsam erbrach dieser Trupp dann das Waffen- und Munitionsdepot der Kaserne. Dann begab sich die Menschenmenge zum Bremer Hauptbahnhof. Offenkundig hatte sie die Nachricht erreicht, dass dort ein Gefangenen-Zug mit meuternden Matrosen aus Wilhelmshaven eingetroffen sei. Diese sollten eigentlich in ein Gefangenenlager in der Lüneburger Heide transportiert werden. Ecks und seine Kameraden fanden den Gefangenenzug unbewacht auf einem Abstellgleis stehend. Nachdem die Matrosen kurzerhand befreit worden waren, strömte der ganze Trupp aus bewaffneten Soldaten und Matrosen zurück in die Altstadt, stürmte und besetzte das Rathaus.

Etwa zur selben Zeit traf mit einem anderen Zug eine Abordnung meuternder Matrosen aus Kiel ein, die bereits im Gefängnis von Bremen-Oslebshausen inhaftierte Kameraden befreien wollten. Da das Gefängnis bewacht war und von ihnen nicht gestürmt werden konnte, begaben sie sich ins benachbarte Gröpelingen zur AG Weser, organisierten dort eine spontane Betriebsversammlung und riefen auf dieser zur Bildung eines revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates auf. Eine Menschenmenge aus Werftarbeitern und Kieler Matrosen zog daraufhin zum Rathaus, wo sie auf den Trupp von Ecks trafen. Im Laufe des Nachmittags liefen dann immer mehr Menschen auf dem Marktplatz vor dem Rathaus und auf der benachbarten Domsheide zusammen in einer bunten Mischung aus Demonstranten und Neugierigen. Am Abend begannen dann endlich auch die Politiker der bremischen Arbeiterparteien auf die Situation zu reagieren, als erste die der USPD. Bereits nach Einbruch der Dunkelheit hielt dann Frasunkiewicz, Mitglied des Landesvorstandes der USPD, vom Balkon des Rathauses herab seine in der bürgerlichen Presse abgedruckte Rede.

Hastig improvisiert fanden bereits am 7. November Wahlen zu einem Bremer Arbeiter- und Soldatenrat statt, offenkundig unter ziemlich chaotischen Umständen. Einzelheiten sind allerdings nicht bekannt, auch nicht über den Wahlmodus. Bereits am 8. November traten dann der neue Arbeiterrat und der neue Soldatenrat zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammen. Die beiden Gremien verstanden sich explizit als provisorisch. Der Soldatenrat wählte Ecks zu seinem Vorsitzenden. Es wurde ein sogenannter Aktionsausschuss gebildet, der den Arbeiter- und den Soldatenrat koordinieren sollte. Ihm gehörten drei Vertreter der Linksradiكالen und vier Mitglieder des USPD-Landesvorstandes an, darunter Henke und Frasunkiewicz. Außerdem wurde ein sogenannter Exekutivsausschuss gebildet, der die Arbeit des Senats und der Deputationen überwachen sollte. Dabei trat allerdings das erste gravierende Problem auf. Offenbar waren die Linksradiكالen noch stärker von den Ereignissen der letzten beiden Tage überrumpelt worden als die anderen beiden Arbeiterparteien. Überdies war ihr Vorsitzender Knief wegen seiner Haft noch immer von Bremen abwesend, und sein Stellvertreter Hans Brodmerkel tat sich offenbar schwer

---

<sup>27</sup> Zur Geschichte der „eigentlichen“ Novemberrevolution in Bremen Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 3, Bremen 1995, S. 16 ff.; Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution (wie Fn. 15), S. 48 ff.

damit, in seiner Abwesenheit Entscheidungen zu treffen. Die Linksradiakalen hatten deshalb Schwierigkeiten, die ihnen im Exekutivausschuss zufallenden Posten zu besetzen.

Linksradiakale und USPD traten daraufhin an Karl Deichmann, den Landesvorsitzenden der MSPD, mit der Bitte heran, ihnen in administrativen Dingen mit ein paar erfahrenen Gewerkschaftsfunktionären auszuhelfen. Die Vereinbarung kam tatsächlich zustande, und in der Folge traten insgesamt sechs MSPD-Gewerkschafter dem bis dato fünfzehnköpfigen Exekutivausschuss bei, darunter Deichmann selbst, der zugleich Reichsvorsitzender der Tabakarbeitergewerkschaft war, die in Bremen ihren Hauptsitz hatte (seit einer Nachwahl in einem Wahlkreis Hannovers 1911 war er auch Reichstagsabgeordneter). Henke wurde Vorsitzender des Exekutivausschusses, Brodmerkel sein Stellvertreter. Mit dem Vorsitz in beiden Ausschüssen hatte Henke damit die Geschäfte des Arbeiter- und Soldatenrates faktisch unter seine Leitung gestellt.

Am 11. November verkündete der Arbeiter- und Soldatenrat dann die Einführung des 8-Stunden-Tages und die Gründung staatlicher Arbeitsämter. Die Wahl eines endgültigen Arbeiter- und Soldatenrates sollte am 6. Januar 1919 stattfinden. In den folgenden Tagen fanden intensive Gespräche zwischen dem Exekutivausschuss und dem Senat statt. Das Ergebnis verkündete Henke am 14. November 1918 in einer großen und feierlichen Versammlung im Konventsaal der Bremer Börse – damals nach dem Dom der größte bestuhlte Raum Bremens, zugleich jedoch auch ein symbolpolitischer Ort: Der Arbeiter- und Soldatenrat wurde zum höchsten Beschluss- und Vollzugsorgan der Freien Hansestadt erklärt. Auf ihn sollte die gesamte Macht übergehen. Senat und Bürgerschaft wurden suspendiert. Allerdings sollten nicht nur die Gerichte weiterhin ihrer regulären Tätigkeit nachgehen, auch die Behörden und ihre Leitungen sollten weiterhin im Amt bleiben.

So wie die Bremer Verfassung nun einmal strukturiert war, bedeutete das aber, dass damit zumindest der Senat und die Deputationen in ihren exekutiven Funktionen eben doch bestätigt wurden. Allerdings wurde der Senat genötigt, seine Kompetenzen an einen sechsköpfigen Senatsausschuss zu übertragen. Diesem gehörten der Präsident des Senats, Bürgermeister Hildebrand, der Vorsitzende der Finanz- und der Kriegsdeputation, Bürgermeister Donandt, sowie vier weitere Senatoren an. Der Exekutivausschuss bildete seinerseits eine sechsköpfige Kommission, der der Senatsausschuss regelmäßig über die Tätigkeit der Verwaltung Bericht erstatten sollte. Zum Vorsitzenden dieser Kommission wurde ebenfalls Henke gewählt, der die Leitung der Politik Bremens damit weitgehend in seinen Händen vereinigt hatte. Am nächsten Tag, dem 15. November 1918, gab Henke um 11 Uhr vor einer Tausende von Menschen zählenden Menge dann auch vom Balkon des Rathauses herab diese neue Ordnung der Dinge bekannt.

Im Laufe der nächsten Tage kehrte dann allerdings Johann Knief<sup>28</sup> nach Bremen zurück und nahm bei den Linksradiakalen seine politische Leitungsfunktion wieder ein. Wie sich schnell zeigte, war Knief überhaupt nicht mit dem einverstanden, was ihm als Stand der revolutionären Dinge in Bremen vorgesetzt wurde und außerdem auch nicht gewillt, Henke in einer Position zu belassen, von der aus dieser faktisch die Richtlinien der Bremer Politik bestimmen konnte. Kaum dass sie verkündet worden war, wurde die neue Ordnung der Dinge also auch schon wieder in Frage gestellt. Bereits am 19. November 1918 initiierte Knief im Arbeiter- und Soldatenrat eine Resolution, in der die Einberufung einer reichsweiten Nationalversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte gefordert und eine parlamentarische Demokratie strikt abgelehnt wurde. Diese Resolution wurde in der gemeinsam tagenden Versammlung von Arbeiter- und Soldatenrat mit 116 gegen 23 Stimmen angenommen. Gegen die Resolution hatten vor allem die MSPD-Räte gestimmt. Dies nutzte Knief nun, um ihnen Verrat an der Revolution vorzuwerfen. Am 22. November fand eine von den

---

<sup>28</sup> Zu diesem jetzt die Biographie von Gerhard Engel, Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011. Zu seiner Rolle in Bremen während der Novemberrevolution ebd., S. 365 ff.

Linksradikalen organisierte Großdemonstration statt, auf der eine weitere Resolution Kniefs verabschiedet wurde: Alle bürgerlichen und mehrheitssozialdemokratischen Personen sollten entwaffnet werden. Dem Soldatenrat sollte das Kommando über die in Bremen befindlichen Soldaten entzogen und stattdessen bewaffnete Rote Garden gebildet werden. Außerdem wurde von der MSPD gefordert, die Bremer Bürger-Zeitung samt Druckerei sofort an die Linksradikalen zu übergeben. Am nächsten Tag präsidierte Knief dann einem Parteitag. Kurioserweise hatten die Bremer Linksradikalen bis dahin immer noch als Bremer Landesverband der SPD firmiert. Nun rief Knief seine eigene Partei aus, die „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ (IKD). Theoretisch handelte es sich dabei um eine reichsweite kommunistische Partei. Faktisch existierte sie aber fast nur in Bremen.<sup>29</sup>

Noch am selben Tag bremste allerdings der Soldatenrat Kniefs revolutionären Aktivismus. Obwohl er der ersten Resolution Kniefs zugestimmt hatte, lehnte er nun dessen zweite entschieden ab, vor allem die Forderung nach seiner Entmachtung sowie nach Aufstellung von Roten Garden. Der Soldatenrat stellte stattdessen klar, dass allein er die Befehlsgewalt über die in Bremen befindlichen Soldaten habe. Außerdem lehnte er auch die Übernahme der Bremer Bürger-Zeitung durch die Kommunisten ab. Knief reagierte auf diesen Beschluss des Soldatenrates in der für ihn typischen Weise, deren Muster sich in den kommenden Wochen stetig wiederholen sollte: Am 29. November veranstalteten die IKD erneut eine Großdemonstration, mit der dann eine so aggressive und starke Drohkulisse aufgebaut wurde, dass der davon überrumpelte Arbeiterrat „einknickte“: Er beschloss die Aufstellung und Bewaffnung von sogenannten Arbeiterbataillonen und außerdem, der MSPD die Bremer Bürger-Zeitung zu entziehen und eine gemeinsame Redaktion aus IKD und USPD zu bilden. Doch der Soldatenrat stoppte diesen Überrumpelungsversuch umgehend. Er machte erneut unmissverständlich deutlich, dass er die Bewaffnung von Arbeitern verhindern werde und allein Soldaten das Recht hätten, Waffen zu tragen. Der Mehrheitssozialdemokratie wurde auch weiterhin der Besitz der Bremer Bürger-Zeitung garantiert. Am 1. Dezember drohte dann auch die MSPD, den Arbeiter- und Soldatenrat zu verlassen, sollte man ihr die Zeitung entziehen.

Für einen kurzen Zeitraum trat ein sehr labiles Gleichgewicht in den politischen Verhältnissen Bremens ein; doch bei diesem blieb es nicht. Zwei große nationale Ereignisse wirkten im Dezember 1918 in die Bremer Politik hinein und sorgten dafür, dass die Dinge schnell wieder in Fluss kamen. Der Rat der Volksbeauftragten in Berlin schrieb nun tatsächlich Wahlen für einen Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte aus. Für je 200 000 Arbeiter wurde ein Arbeiterratsvertreter und für je 100 000 Soldaten ein Soldatenratsvertreter gewählt. Für die Stadtgemeinde Bremen bedeutete dies, dass sie lediglich einen Arbeiterratsvertreter und keinen Vertreter des Soldatenrates nach Berlin entsenden konnte. Als Bremer Vertreter wurde Alfred Faust gewählt, ein Mitglied des USPD-Landesvorstandes, Vertrauter von Henke – und nur in einem recht weiten Verständnis dieses Begriffes ein Arbeiter: Faust war Werbegrafiker von Beruf. Er leitete die Werbeabteilung der Kaffee-Großrösterei „Kaffee HAG“ und war in beruflicher Hinsicht ein enger persönlicher Mitarbeiter des Bremer Kaffee-Großkaufmanns Ludwig Roselius.

Vom 16. bis zum 21. Dezember tagte dann der Reichsrätekongress in Berlin. Es ist nicht bekannt, wie sich Faust als Vertreter Bremens dort verhalten hat. Der Kongress endete jedenfalls am 21. Dezember mit dem Beschluss, für den 19. Januar 1919 demokratische Wahlen zu einer verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung auszuschreiben. Damit hatte sich Ebert auf dem Kongress im entscheidenden Punkt durchgesetzt. Wie auch immer Faust diesbezüglich abgestimmt haben mag, seine im Namen des Bremer Arbeiterrates erfolgte Delegation nach Berlin machte in Bremen schon deutlich, dass Henke versuchte, dem Aktionismus Kniefs etwas

---

<sup>29</sup> Es gab einige wenige organisatorische Ansätze außerhalb Bremens. So leitete der nachmalige Bremer KPD-Landesvorsitzende Karl Plättner einen kurzlebigen Jugendverband in Sachsen; vgl. zu diesem Volker Ullrich, Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893–1945, München 2000.

entgegenzusetzen und die Lage politisch wieder unter seine Kontrolle zu bekommen. Knief seinerseits ließ das allerdings nicht auf sich beruhen und wurde ebenfalls auf der politischen Bühne Berlins aktiv.

Mitte Dezember 1918 – kaum zufällig just zur selben Zeit, als der Reichsrätekongress tagte – wurde in Berlin der Plan ventiliert, die IKD mit dem Spartakus-Bund von Liebknecht und Luxemburg, der bis dahin noch Teil der USPD war, zu einer tatsächlich reichsweiten Kommunistischen Partei Deutschlands zusammenzuschließen. Diese Vereinigung wäre dann aber doch beinahe noch geplatzt. Knief brach nämlich im Zusammenhang mit den Verhandlungen über eine derartige Vereinigung prompt einen Streit mit Rosa Luxemburg vom Zaun, indem er ihr ein falsches Verständnis des Marxismus und die Verbreitung falscher Theorien vorwarf.<sup>30</sup> Diese Friktionen konnten aber letztlich beigelegt werden – nicht zuletzt durch die hinter den Kulissen erfolgte Vermittlung von Radek, der inzwischen im Politbüro der russischen Bolschewiki saß und dessen Wort als Vertrauter Lenins daher entsprechend hohes Gewicht besaß.

Am 24. Dezember 1918 wurde von beiden Seiten die Abhaltung eines Vereinigungsparteitages am 31. Dezember 1918 und 1. Januar 1919 öffentlich bekanntgegeben. Zumindest für einen historischen Moment lang war Knief damit zu einer reichsweit bekannten politischen Persönlichkeit geworden. Der später zum Teil sehr stark mythographierte Gründungsakt der KPD am Jahreswechsel 1918/19 ist in der historischen Realität vor allem ein Vereinigungsparteitag von Spartakus-Bund und IKD gewesen. Knief selbst nahm allerdings aus politischen Gründen, die noch zu erörtern sind, nicht persönlich an diesem Parteitag teil. Die Parteiführung der IKD wurde auf diesem Vereinigungsparteitag stattdessen durch Paul Frölich repräsentiert, ein enger Vertrauter Kniefs und Redaktionskollege aus den Tagen beiderseitiger Mitarbeit bei der Bremer Bürger-Zeitung. Die IKD konstituierten sich als Bremer KPD-Landesverband neu.

### 3.3 Die Rückkehr des „75er“-Regiments – Der öffentliche Diskurs

Ein wesentlicher Bestandteil des Waffenstillstandsabkommens stellte die unverzügliche Rückführung aller deutschen Truppen in ihre Heimatgarnisonen dar. Bezogen auf Bremen betraf dies vor allem das 1. Hanseatische Infanterieregiment Nr. 75, das über vier Kriegsjahre hindurch an der Westfront im Einsatz gewesen war.<sup>31</sup> Am 20. Dezember kündigte der kommandierende Offizier des Regiments, Major Walter Caspari – Träger des Ordens „Pour le mérite“ und Schwiegersohn des 1917 verstorbenen Bürgermeisters Carl Georg Barckhausen – das auf dem Rückmarsch nach Bremen befindliche Regiment beim Bremer Arbeiter- und Soldatenrat an; er stellte an diesen zugleich weitreichende politische Forderungen, welche der Revolution in Bremen eine neue Dynamik verschaffen sollten. Caspari forderte den Arbeiter- und Soldatenrat nicht nur auf, die angestammte Kaserne des Regiments in der Bremer Neustadt für das Regiment zu räumen und dessen volle Bewaffnung auch nach seiner Einquartierung zu garantieren, sondern ebenso, Senat und Bürgerschaft wieder in alle ihre verfassungsmäßigen Vollmachten einzusetzen. Im Übrigen sicherte Caspari dem Arbeiter- und Soldatenrat die Loyalität des Regimentes zu. Faktisch war das aber trotzdem die für den Arbeiter- und Soldatenrat völlig inakzeptable Forderung nach der Rückkehr zum politischen Status quo ante, die obendrein von einer bewaffneten Truppe flankiert werden sollte.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass dies die zeitgleichen Ereignisse in Berlin in der Berichterstattung aller drei Bremer Zeitungen zunächst in den Hintergrund treten ließ. Der von den

---

<sup>30</sup> Zur Rolle Kniefs bei der Gründung der KPD Engel, Johann Knief (wie Fn. 28), S. 407 ff.

<sup>31</sup> Zur stadthistorischen Bedeutung und gesellschaftlichen Verankerung der „75er“ in Bremen Malte Ritter, Die Bremer und ihr Vaterland. Deutscher Nationalismus in der Freien Hansestadt (1859–1913), Berlin 2004, S. 210 ff.

Linksradikele bereits seit Wochen geforderte, bisher jedoch vor allem vom Soldatenrat blockierte Redaktionswechsel der BBZ kam nun innerhalb eines Tages zustande. Er manifestiert sich deutlich in deren Ausgaben: Am 20. Dezember war die BBZ noch ganz MSPD-Blatt, die BBZ des 21. Dezember enthielt dann Artikel mit MSPD- und USPD-Ausrichtung, die des 23. Dezember<sup>32</sup> dann nur noch Artikel mit USPD-Tendenz. Eine Berichterstattung über den Redaktionswechsel und seine Hintergründe fand allerdings so gut wie nicht statt, dieser wurde vielmehr durch Polemik gegen die MSPD überdeckt. Dabei erhielten die IKD allerdings keinen Zugriff auf die Redaktion, obwohl sie es gewesen waren, die den Übergang eingefordert und dann forciert betrieben hatten. Stattdessen nahm Henke wieder seine alte Funktion als Chefredakteur wahr und besetzte die Redaktionsposten umgehend mit seinen Vertrauten – die faktische tägliche Leitung ging an Faust über. Über diese Vorgänge rund um das sozialistische Konkurrenzblatt wurde in BN und WZ freilich kaum berichtet. BBZ und BN (allerdings nicht die WZ) berichteten jedoch ausführlich und detailliert über die schwierigen Verhandlungen zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat einerseits und dem Regimentskommando andererseits und druckten den schließlich gefundenen Formelkompromiss ab (BBZ 21.12.18, BN 21.12.18).

BN (1.1., 2.1.19) und WZ (30.12.18 B, 2.1.19 B) fokussierten sich dann auf die Berichterstattung über den Willkommens-Festakt, der auf den Neujahrstag des Jahres 1919 festgesetzt worden war, sowie auf die sich an diesen anschließenden Ereignisse rund um die absprachewidrig erfolgte Entwaffnung des Regiments. Die bei dem Festakt gehaltenen Reden von Regimentskommandeur und Senatspräsident wurden in vollem Umfang abgedruckt. Es wurde außerdem in Form und Inhalt der Berichterstattung deutlich, dass das Regiment den politischen Status quo in Bremen grundsätzlich in Frage stellte, die Rückkehr der alten Eliten an die Schalthebel der Macht forderte und daher ein grundsätzlicher Konflikt mit dem Arbeiter- und Soldatenrat vorprogrammiert war, den der zu Weihnachten gefundene Formelkompromiss nur schwach überdeckt hatte. Dabei hielten sich beide bürgerlichen Zeitungen allerdings in ihren Sympathiekundgebungen für die Forderungen des Regiments relativ bedeckt, was zumindest darauf schließen lässt, dass sie diese für politisch nur bedingt durchsetzbar hielten.

Der Festakt selbst war in seiner medialen Repräsentation dann durchaus keine genuin bürgerliche Inszenierung. Die zu dieser Zeit bereits USPD-dominierte BBZ war genauso empathisch bezüglich „unserer Soldaten“ und ihrer „heroischen Opfer an der Front“ wie die beiden bürgerlichen Zeitungen. Im unmittelbaren Vorfeld des Festaktes publizierte sie sogar einen Aufruf Henkes, das Regiment ehrenvoll und dankbar zu empfangen (BBZ 30.12.18). Die musikalische Begleitung des Festaktes mit dem Absingen aller drei Strophen des Deutschlandliedes als Höhepunkt geschah dann – was von der BBZ nachgerade stolz betont wurde – unter der Leitung des prominenten Bremer KPD-Politikers und Musiklehrers Hermann Böse durch den Bremer Arbeitergesangverein. Sowohl USPD als auch KPD ordneten sich während des Festaktes dem Senatspräsidenten Hildebrand protokollarisch freiwillig unter. Das traditionelle Staatsoberhaupt der Freien Hansestadt nahm hier seine traditionelle repräsentative Funktion wahr, allerdings eingebunden in eine neue revolutionäre Choreographie, indem man es vom Balkon des Rathauses herab agieren ließ – was die WZ spürbar verärgert konstatierte (2.1.19 B). Für einen kurzen Augenblick durchzog nachgerade der „Geist von 1914“ den öffentlichen Diskurs in Bremen, waren vom patrizischen Senat bis zur KPD alle im Zeichen des Vaterlandes vereint (BBZ 2.1.19). Aber diesem Moment der Einheit sollte ein umso bitterer Konflikt folgen.

### 3.4 Die Rückkehr des „75er“-Regiments – Die politische Ereignisgeschichte

---

<sup>32</sup> Der 22. Dezember 1918 war ein Sonntag, an dem die BBZ nicht erschien.

Das Regiment, das seit dem August 1914 mit schrecklichen Verlusten – über 2000 Toten und über 4000 Verwundeten – an der Westfront eingesetzt gewesen war, traf am 1. Januar 1919 gegen 11 Uhr vormittags mit dem Zug auf dem Bahnhof von Bremen-Sebaldsbrück ein.<sup>33</sup> Nachdem es sich gesammelt hatte, marschierte es unter klingendem Spiel und im Paradedritt quer durch die Straßen Bremens bis in die Altstadt und auf den Marktplatz vor das Rathaus. Zehntausende von Menschen säumten in dichten Pulks die geschmückten Straßen und versuchten aus den Fenstern und von den Dächern der angrenzenden Häuser einen Blick zu erhaschen. Jubel brandete auf, wo immer das Regiment durchzog. Auf dem dicht mit Menschen gefüllten Marktplatz wurde es – wie bereits aus den Zeitungsberichten ersichtlich – nicht etwa von den Institutionen der Revolution, sondern vom Senat der Freien Hansestadt mit seinem Präsidenten an der Spitze empfangen. Senatspräsident und Bürgermeister Hildebrand hielt die Willkommensrede, und der Regimentskommandeur antwortete ihm mit einer Dankesrede. Es wurde zum Abschluss feierlich das Deutschlandlied gesungen. Dann marschierte das Regiment in seine Kaserne in der Neustadt.

Hier passierte etwas Unvorhergesehenes, was nach der durch alle Zeitungen verbreiteten Feststimmung so offenbar wohl niemand antizipiert hatte. Kaum hatten sich die Kasernentore hinter den Soldaten geschlossen, wurden sie von Bewaffneten umstellt, die von Ecks angeleitet waren. Bevor sie sich versahen, wurden den Soldaten die Waffen abgenommen. Dem empört protestierenden Caspari wurde von Ecks bedeutet, dies sei ein Befehl des Soldatenrates, dem er sich zu fügen habe – worauf sich der überrumpelte Caspari tatsächlich fügte. Nun war Ecks zu diesem Zeitpunkt immer noch der Vorsitzende des Soldatenrates. Trotzdem geschah diese Aktion nicht auf dessen Befehl. Es war vielmehr erneut ein Handstreich von Ecks und seinen Gefährten aus der Reserveeinheit in der Neustadt-Kaserne, welche die Ankommenden gewissermaßen als Eindringlinge in ihr Quartier betrachteten und sich auf keinen Fall dem Kommando eines Major Caspari unterordnen wollten. Lediglich Knief und der USPD-Politiker Frasunkiewicz waren kurz vor der Aktion von Ecks über sein Vorhaben informiert worden. Caspari und einige weitere Offiziere des Regiments wurden beim Soldatenrat vorstellig, als dies bekannt wurde. Nach langwierigen Diskussionen bestätigte der Soldatenrat am 3. Januar 1919 aber schließlich die Privataktion seines Vorsitzenden. Die Soldaten des Regiments durften zwar in der Kaserne verbleiben, blieben aber entwaffnet. Allerdings erhielten die Offiziere des Regiments ihre Waffen zurück, durften diese jedoch in der Öffentlichkeit nicht mehr tragen. Der Soldatenrat bestätigte aber ausdrücklich noch einmal das zu Weihnachten vereinbarte Recht der Soldaten des Regiments, bei den wenige Tage später anstehenden Wahlen den neuen Soldatenrat mitwählen zu dürfen.

Diese in den Anfangstagen der Revolution beschlossenen Wahlen zu einem nunmehr als definitiv verstandenen Arbeiter- und Soldatenrat rückten nun in den folgenden Tagen ganz in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen in Bremen. Knief nutzte sie, um die politische Lage weiter zu eskalieren und in diesem Zusammenhang einen heftigen Streit der KPD mit der USPD vom Zaun zu brechen. Die KPD wollte weder das Wahlrecht der als reaktionär angeprangerten Soldaten des 75er-Regimentes noch das Wahlrecht der von ihr als Verräter an der Revolution gebrandmarkten Mehrheitssozialdemokraten anerkennen. Von Seiten der USPD wurde diesem Ansinnen jedoch entschieden widersprochen. Henke und der Landesvorstand der USPD machten öffentlich vor allem den administrativen Sachverstand der mehrheitssozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre geltend, ohne den man eine Großstadt wie Bremen nicht regieren und den Senat und die Deputationen nicht unter Kontrolle halten könne. Aufgrund der Unterstützung der USPD und MSPD durch den Soldatenrat setzten sich Henke und die USPD mit ihrer Position vorläufig gegen Knief und die KPD durch.

Diese Neuwahlen am 6. Januar 1919 zeigten dann exemplarisch: Die Räteherrschaft war keine

---

<sup>33</sup> Vgl. zum Folgenden Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 3 (wie Fn. 27), S. 46 ff.; Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution (wie Fn. 15), S. 160 ff.



Basisdemokratie.<sup>34</sup> Ganz im Gegenteil, sie stellte letztlich nichts weiter als eine gesellschaftlich umgekehrte ständische Herrschaft dar. Das Wahlrecht hatten ausschließlich die Stände der Arbeiter und der Soldaten, die jeweils ihre Ständevertretungen wählten, welche ihrerseits dann im Grunde ganz traditionell als Ständekammern ohne Gewaltenteilung fungierten. Die bürgerlichen Berufen nachgehenden Einwohner Bremens waren ebenso wenig zur politischen Willensbildung zugelassen wie die Bauern der Bremer Landgemeinden. Zwar hatte sich bereits in der Anfangsphase der Revolution in Bremen auch ein Bürgerausschuss gebildet, der nunmehr die Forderung aufstellte, neben dem Arbeiterrat und dem Soldatenrat auch einen Bürgerrat zu gründen und zu wählen, doch blieb dieser Vorstoß erfolglos. An eine politische Inklusion der Dorfbewohner in den bremischen Landgebieten dachte offensichtlich niemand.

Die Rätewahlen vom 6. Januar 1919 fanden damit trotz der Massenbasis sogar nach einem besonders rigiden ständischen Klassenwahlrecht statt, vergleicht man sie mit dem alten Bremer Acht-Klassen-Wahlrecht, das immerhin den Bauern eine kleine Repräsentation zugestanden hatte und die Arbeiter nicht explizit ausschloss, so dass sich schließlich – wie gesehen – eine (wenn auch kleine) SPD-Fraktion in der Bürgerschaft etablieren konnte. Während die Soldaten ihren Rat als Ganzes und ohne von den Parteien vorgegebene Kandidaten wählten, wurden die Arbeiter in drei Klassen mit unterschiedlichen Wahlrechten eingeteilt – auch dies wiederum in der Tradition herkömmlicher ständischer Selbstverwaltungskörperschaften: Arbeiter aus Großbetrieben bildeten die erste Klasse und wählten ihre Vertreter in einer Verhältniswahl nach Wahllisten der drei zugelassenen Parteien. Arbeiter aus mittleren Betrieben bildeten die zweite Klasse und wählten ihre Vertreter in einer Mehrheitswahl unter den von den drei Parteien vorgeschlagenen Einzelkandidaten. Arbeiter aus Betrieben unter 150 Beschäftigten bildeten die dritte Klasse und wurden in Wahlbezirke eingeteilt. Sie hatten nach spezifischen Bezirkswahllisten zu wählen.

Das Wahlergebnis bedeutete dann einen Schock für USPD und KPD: Die MSPD errang 104 Sitze im Arbeiterrat und damit fast genauso viele wie die KPD mit 60 und die USPD mit 59 Sitzen zusammengenommen. Die Soldaten des 75er-Regimentes hatten außerdem prompt Major Caspari und noch einen weiteren Offizier des Regiments, einen gewissen Leutnant Sies, in den Soldatenrat gewählt. Da der Soldatenrat aus lediglich zehn Mitgliedern bestand, bedeutete dies dort nicht unerhebliche politische Einflussmöglichkeiten.

### 3.5 Zusammenschau der zweiten Phase

Zumindest anfangs, aber sukzessive noch bis in die zweite Dezemberhälfte hinein lässt sich eine starke Dominanz der Vorgänge in der Reichshauptstadt Berlin in der öffentlichen Wahrnehmung in Bremen feststellen. Diese Berliner Vorgänge waren es denn auch, welche die Bremer Ereignisse jener Wochen motivierten. Weder der Senat noch die ständische Verfassung waren das eigentliche Ziel der Novemberrevolution in Bremen, so dass die hastigen Reformbemühungen des Senats praktisch wirkungslos verpufften – ja, im Grunde genommen kaum wahrgenommen wurden. Allerdings wurden der Senat und die Bürgerschaft dann zu den ersten politischen Opfern der Novemberrevolution. Zustande kam diese vor allem durch eine tiefe Krise des Vertrauens in die politischen Eliten, die auch durch den gravierenden Gegensatz von öffentlicher Berichterstattung und alltäglicher Lebensrealität verursacht wurde. Der unmittelbare Anstoß zur Revolution ging in Bremen von disparaten Akteuren aus: einer Gruppe von Reservesoldaten, die nicht mehr an die Front wollte; spontan streikenden Werftarbeitern; mit dem Zug angereisten Matrosen der Kriegsmarine – und nicht zuletzt von Abertausenden von „ganz normalen“ Bremern, die in einer

---

<sup>34</sup> Die These von der basisdemokratischen Struktur der Räte vertrat mit Nachdruck vor allem Peter von Oertzen, Arbeiterbewegung, Arbeiterräte und Arbeiterbewusstsein in der Deutschen Revolution, in: Helga Grebing (Hg.), Die deutsche Revolution 1918/19, Berlin 2008, S. 68–101.

Mischung aus politischer Demonstration und Schaulust in die Altstadt strömten. Die Atmosphäre bewegte sich irgendwo zwischen Revolte und Happening.

Sowohl die journalistischen als auch die politischen Eliten Bremens wurden davon völlig überrumpelt – auch die Führung der drei untereinander verfeindeten Bremer Arbeiterparteien. Als erste gewann die USPD ihre politische Aktionsfähigkeit zurück. Es gelang ihr daher zunächst erfolgreich, die revolutionäre Dynamik in ihre politischen Kanäle zu leiten und sie nach ihren politischen Vorstellungen bzw. denen ihres Vorsitzenden Henke zu organisieren, allerdings nur für kurze Zeit. Mit der Rückkehr von Knief nach Bremen brachen die Konflikte aus der Kriegs- und Vorkriegszeit in verschärfter Form wieder aus. Ganz in der anarchistischen Tradition des Bremer Linksradikalismus wurde in der Folge Gewalt zur Option im Machtkampf mit den zu Feinden erklärten Gegnern, zunächst vor allem aus der MSPD. Revolutionäre Politik mutierte von einer spontanen Massenaktion zurück zur Eliten-Politik, wenn auch der Arbeiterparteien. Kademäßig organisierte öffentliche Aufmärsche, radikale Resolutionen und aggressive Kampfreden im Arbeiter- und im Soldatenrat wurden von den Linksradikalen bzw. Kommunisten in die politische Kultur Bremens eingeführt und schufen ein militant aufgeladenes politisches Klima. Sie traten an die Stelle der vor allem durch Spontaneität ausgezeichneten breiten öffentlichen Bewegung gegen das Ancien Régime und seinen Krieg. Zeitweise mutierten die politischen Auseinandersetzungen nachgerade zu einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen Knief und Henke<sup>35</sup> um die Führung der Revolution.

Mit der Ankunft der „75er“ zum Jahreswechsel änderte sich dann nochmals die politische Landschaft. Hier traten nun Akteure in Erscheinung, die in gewisser Weise politisch aus der Zeit gefallen waren, die in ein für sie fremd gewordenes Land zurückkehrten und das weder wahrhaben noch akzeptieren wollten. Ihr Versuch, das Rad der Geschichte einfach zurückzudrehen, musste daher scheitern – allerdings tat er das unter bemerkenswerten Umständen. Es manifestierte sich die über alle Konflikte und politisch-ideologische Gräben und Grabenkämpfe hinweg reichende emotionale Bindekraft des Nationalismus im Festakt des Neujahrstages – ja, überhaupt die sich dabei exemplarisch verdichtende zeitgenössische Unterscheidung zwischen „nationalen“ und „politischen“ Angelegenheiten. Allerdings trat die Politik in direkter Folge dieses Momentes der Einheit wieder in den Vordergrund – noch einmal angestoßen durch eine parteipolitisch unorganisierte, spontane Aktion „von unten“ und durch ein von den politischen Eliten in Bremen unerwartetes, wenn auch von der MSPD erhofftes Wahlergebnis, das insbesondere auf dem linksradikalen Flügel der Bremer Arbeiterbewegung keine Akzeptanz fand, sondern den Willen zur gewaltsamen Revidierung auslöste.

#### **4. Die Räterepublik und ihre blutige Niederschlagung: 10. Januar bis 4. Februar 1919**

Diese dritte Phase ist die der sogenannten Bremer Räterepublik.<sup>36</sup> Obwohl sie insgesamt nur 25 Tage währte, die Räte keineswegs ihr Werk waren, sondern vielmehr deren politische Unterordnung unter die Parteiführung der KPD von dieser angestrebt und eine nach sowjetischem Vorbild organisierte Regierung der sogenannten Volkskommissariate gebildet wurde, sie im Grunde bereits nach wenigen Tagen politisch scheiterte und schließlich in einem blutigen Fiasko endete, steht sie

---

<sup>35</sup> Zu dieser neben Knief und Ecks zentralen Persönlichkeit der Novemberrevolution in Bremen Gerhard Engel: Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868–1946), in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 14 (2015), H. 2, S. 67–85 u. H. 3, S. 78–97. Insbesondere über Henkes reichspolitischen Aktivitäten Ernst-Albert Seils, Hugo Haase. Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich, Frankfurt a. M. 2016, S. 367 ff.

<sup>36</sup> Vgl. Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 3 (wie Fn. 27), S. 57 ff.; Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution (wie Fn. 15), S. 187 ff.

doch im Zentrum vieler bisheriger Beiträge zur Geschichte der Novemberrevolution in Bremen – ja, sie wird zuweilen nachgerade zur Bremer Revolution schlechthin hypostasiert, während die übrigen Phasen zur Vor- und Nachgeschichte degradiert werden.<sup>37</sup> Diese im Grunde stärker geschichtspolitisch als historiographisch orientierte Erzählung soll nachfolgend freilich nicht wiederholt werden. Stattdessen soll es um 25 turbulente Tage im Winter 1919 gehen, die mit mindestens 85 Toten endeten. Drei Daten stehen im Mittelpunkt dieser Zeitspanne: die zweite Revolution am 10. Januar, die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar und die Militärintervention am 4. Februar 1919.

#### 4.1 Der öffentliche Diskurs

Der Fokus der Berichterstattung aller drei Zeitungen lag in den Tagen zwischen der Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrates am 6. Januar und der „zweiten Revolution“ am 10. Januar zunächst auf den zeitgleichen Ereignissen in Berlin (also dem Bruch der Koalition von MSPD und USPD auf Reichsebene und dem Beginn gewaltsamer Unruhen) und nicht auf den sich dramatisch zuspitzenden Konflikten in Bremen. Die BBZ agitierte diesbezüglich massiv gegen die „Regierung Ebert-Scheidemann“, zu deren Sturz aufgerufen wurde (6.1.19). Wie schon bei den Ereignissen des 6. Novembers und der Entwaffnung des „75er“-Regiments am 1. Januar fand vor der Proklamation der Räterepublik keine Berichterstattung statt, die auf diese hindeuten würde – und auch keine Nachberichterstattung zur Genese des Ereignisses. Insbesondere die BN (11.1.,12.1.19), aber in eingeschränktem Umfang auch die WZ (11.1.19 B) berichteten hingegen im unmittelbaren Nachgang zum 10. Januar ausführlich und detailliert über die Ereignisse dieses Tages. Trotz der an diesem Tag für die bürgerlichen Zeitungen eingeführten Vorzensur ließen insbesondere die BN keinen Zweifel an ihrer aversiven Einstellung gegenüber der Räterepublik (z. B. 12.1.19). Die Berichterstattung beider Zeitungen war angesichts der Vorzensur generell die gesamten 25 Tage hindurch erstaunlich offen, und auch die politische Positionierung beider Redaktionen erscheint direkt und deutlich.

Die – nicht unter Zensur stehende – BBZ präsentierte sich demgegenüber erneut deutlich weniger informativ. Ihre einschlägigen Ausgaben fallen vielmehr durch eine ausgesprochen reißerische Schlagzeilenpolitik und polemisch-agitative Kurzartikel gegen „Kapitalismus“ und „Reaktion“ auf, die kaum dokumentarische Inhalte über die Geschehensabläufe enthalten (z. B. BBZ 11.1.19). Einzig die von ihr veröffentlichten Protokolle der Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates beinhalten umfangreichere Informationen. Der genuin performative Charakter dieser Zeitung, die in dieser Phase bereits sehr an die sogenannte Kampfpresse der radikalen Parteien in der späteren Weimarer Republik erinnert, wird anhand ihrer Berichterstattung über den 10. Januar 1919 in Bremen besonders deutlich. Wesentliche Hintergrundinformationen zu den Ereignissen der „zweiten Revolution“ fehlten allerdings in allen drei Zeitungen. Die KPD als treibende politische Kraft dieser Ereignisse wird kaum explizit benannt. Auch über die schwere Erkrankung Kniefs und deren politische Folgen wurde in keiner der drei Zeitungen berichtet.

Auffallend mit Bezug auf die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar war dann vor allem wiederum die faktische Nicht-Berichterstattung insbesondere der BBZ. Die heftigen Konflikte zwischen USPD und KPD über die Zulassung dieser Wahlen im Lande Bremen sind zumeist nur aus der Wiedergabe der Sitzungsprotokolle des Arbeiter- und Soldatenrates zu

---

<sup>37</sup> Vgl. z.B. Till Schelz-Brandenburg, Die Bremer Räterepublik. <http://www-user.uni-bremen.de/~brehist/Raeterepublik.html> (2.11.2017); auch Karl-Ludwig Sommer, Die Bremer Räterepublik, ihre gewaltsame Liquidierung und die Wiederherstellung „geordneter Verhältnisse“ in der Freien Hansestadt Bremen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 77 (2005), S. 1–30.

erschließen.<sup>38</sup> Die gravierende Finanzkrise der Räterepublik, die wesentlich zu ihrem schnellen Kollaps beitrug, spiegelte sich allenfalls indirekt in negierenden Phrasen, die in der BBZ zu finden sind („Die Bremer Finanzen gesichert“: BBZ 22.1.19). Es dominierte stattdessen die agitative Wiedergabe von USPD-Positionen, welche als „die“ Positionen des klassenbewussten revolutionären Proletariats dargestellt wurden (z. B. in BBZ 18.1.19). Vor allem in den BN konnte man hingegen immerhin eine relativ ausführliche und – erneut erstaunlich offene – Berichterstattung über die Ereignisse in Bremen finden; so etwa über den gewaltsamen Konflikt zwischen KPD-nahen Arbeitern und Truppen des Soldatenrates am 14. Januar (BN 15.1., 17.1.19) sowie sprachlich eindringliche Berichte darüber, dass die KPD das Waffendepot der Kaserne in der Neustadt „ausgeräumt“ und die AG Weser in Gröpelingen in eine mit Maschinengewehren und Minenwerfern schwer verschanzte „Festung“ verwandelt hätte, der sich Nicht-Kommunisten nur noch unter Lebensgefahr nähern könnten (BN 30.1.19) – und generell über den Konflikt zwischen USPD und KPD (z. B. BN 21.1.19).

Beide bürgerlichen Zeitungen betrieben explizite und auch im Layout als solche kenntlich gemachte Wahlwerbung für die DDP und ihren Bremer Spitzenkandidaten, den bisherigen Senator Böhmert (BN 17.1.19, WZ 16.1.19 B). Diese Wahlwerbung richtete sich dabei nicht nur gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien (das geschah eher en passant und als eine selbstverständliche Abgrenzung gegen alle „sozialistischen Listen“, WZ 19.1.19 B), sondern vor allem gegen die DNVP. Dieser wurde einerseits vorgeworfen, die Partei der Reaktion, der Schwerindustrie und der Agrarier zu sein und die politische Verantwortung für die Situation zu tragen, in der sich das deutsche Vaterland und die Freie Hansestadt Bremen gegenwärtig befänden (z. B. WZ 18.1.19 B). Andererseits wurde die DNVP vor allem als „Hamburger Partei“ bekämpft und die Wähler und mehr noch die Wählerinnen davor gewarnt, dass keine bürgerlichen Politiker Bremens in der Deutschen Nationalversammlung sitzen würden, wenn sie die DNVP wählen würden. Generell war der Ton in beiden Zeitungen gegenüber den Wählerinnen ein paternalistisch-bevormundender, die vielen expliziten Belehrungen klingen sprachlich weithin so, als ob hier kleinen Kindern eingeschärft würde, was sie zu tun haben.<sup>39</sup> Diese umfangreichen journalistischen Bemühungen um die Wählerinnen zeigen andererseits, dass die Frauen mit ihrem neuen Stimmengewicht als politisches Potential durchaus ernst genommen wurden – allerdings auch schwer berechenbar waren, da noch keine Erfahrungswerte über ihr Abstimmungsverhalten vorlagen.

Im Nachgang der Wahlen wurden dann vor allem in den BN (20.1.19) und in der WZ (20.1.19 B) ausführlich die Bremer Wahlergebnisse dokumentiert (nicht jedoch in der BBZ<sup>40</sup>), wohingegen die Berichterstattung über den Wahlausgang auf nationaler Ebene weitgehend zurücktrat. Deutlich wird dabei in allen drei Zeitungen, dass der Bremer Wahlausgang als eine schwere politische Niederlage nicht nur der Anhänger der Bremer Räterepublik, sondern generell der Unterstützer des politischen Systems der Arbeiter- und Soldatenräte interpretiert wurde.

In keiner der Zeitungen fand dann jedoch eine Berichterstattung über die Vorgänge zwischen Wahlausgang und Aufmarsch der Regierungstruppen in Bremen statt – schon gar keine politische Hintergrundberichterstattung. In der BBZ spielte noch am 30. Januar 1919 der Tod des Parteihistorikers, langjährigen sozialdemokratischen Kulturredakteurs und KPD-Mitbegründers Franz Mehring eine wichtigere Rolle als die aktuelle politische Situation nach den Wahlen. Am 31. Januar und 1. Februar stand für die BBZ-Leserschaft der Zeitung dann unvermittelt und ohne Vorwarnung die „weiße Garde“ vor den Toren Bremens in Verden. Die Verhandlungen einer Delegation der Räteregierung unter Leitung von Henke mit dem Truppenkommando in Verden

---

<sup>38</sup> Vgl. als Ausnahme aber die Berichterstattung über die Vorfälle vom 14. Januar 1919 in BBZ 15.1.19.

<sup>39</sup> Vgl. z. B. den Artikel „Wen muß ich wählen?“ in BN 18.1.19 B.

<sup>40</sup> Hier konzentrierte sich die Nach-Wahlberichterstattung auf Berichte rund um die Wahl Henkes in die deutsche Nationalversammlung; BBZ 20.1.19.

wurden in den folgenden Tagen ausführlich und detailliert wiedergegeben, allerdings zunächst in polemisch-aggressivem Tonfall. Erst in der letzten Ausgabe der BBZ vom 3. Februar ruderte die Zeitung schließlich merkbar zurück, unterbreitete einen Kompromissvorschlag, wie die Krise auf friedliche Weise und unblutig gelöst werden könne und beschwor die Bremer Arbeiter, nicht radikale Maximalforderungen zu stellen, sondern Vernunft walten zu lassen.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang das zeitgleiche publizistische Verhalten des seit dem 30. Januar erschienenen mehrheitssozialdemokratischen „Bremer Volksblattes“. Hier erfolgte zwar eine harsche Kritik an den radikalen politischen Positionen der USPD und KPD, aber (im Gegensatz zu BN 31.1., 3.2.19 und WZ 31.1.19 B) keine Berichterstattung über den Truppenaufmarsch in Verden und die Verhandlungen der Räteregierung mit dem Truppenkommando. Lediglich die Wiedergabe eines Aufrufes von Gustav Noske bezüglich der Situation an der deutschen Ostgrenze gegenüber Polen und seine Warnung vor „russischen Zuständen“ in Deutschland, die allerdings nur in einem kleinen Artikel auf den hinteren Seiten der Zeitung erschien, kann indirekt als auf die Bremer Ereignisse bezogen gedeutet werden (BVB 31.1.19). Während der Tod von Mehring zeitgleich ein zentrales Thema für die BBZ war, widmete das BVB ihm nur einen absprechenden Fünf-Zeilen-Artikel auf den hinteren Seiten einer Ausgabe (ebd.).

#### 4.2 Die politische Ereignisgeschichte

Die Geschichte der Bremer Räterepublik begann mit einem Kuriosum – einem von mehreren dieser Revolution in Bremen. Anfang Januar 1919 wurde der Landesvorstand der Bremer KPD unter Führung von Knief bei der Finanzdeputation mit der Forderung vorstellig, der KPD 60 000 Mark für die Aufstellung bewaffneter Arbeiterbataillone bereitzustellen. Bürgermeister Donandt, der Vorsitzende der Finanzdeputation, lehnte dieses Ansinnen kategorisch ab.

Für den Nachmittag des 10. Januar hatte die KPD dann erneut eine Großdemonstration auf dem Marktplatz angekündigt. Wie sich schnell herausstellte, war diese Demonstration allerdings nur der Deckmantel für eine andere, von der KPD-Führung geheim geplante und organisierte Aktion. Neben den gewöhnlichen Arbeitern, die dem Aufruf zur Demonstration folgten, erschienen auch Bewaffnete. Zum gerade im Rathaus tagenden Aktionsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates wurde eine neunköpfige Delegation entsandt, dem Ausschuss die Machtübernahme durch die KPD verkündet und die Forderung überbracht, sofort alle Vorgaben der KPD im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates zu beschließen. Die überrumpelten und eingeschücherten Ausschuss-Mitglieder gehorchten. Frasunkiewicz proklamierte im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates wenig später vor den Demonstranten die „selbständige sozialistische Republik Bremen“ – und zwar ohne dass der Arbeiter- und Soldatenrat Gelegenheit zu einer entsprechenden Beschlussfassung gehabt hätte. Der bei Kriegsende aufgehobene Belagerungszustand wurde wieder verhängt und das Standrecht verkündet. Die Mitglieder der MSPD wurden aus dem Arbeiterrat ausgeschlossen und durch je dreißig Mitglieder der KPD und der USPD ersetzt. Major Caspari und Leutnant Sies wurden aufgefordert, auf ihre Sitze im Soldatenrat zu verzichten – beide kamen dieser Aufforderung nach. Senat, Deputationen und Bürgerschaft wurden für aufgelöst erklärt. Stattdessen wurde eine Räteregierung installiert. Diese bestand aus einem neunköpfigen Gremium eines sogenannten „Rates der Volksbeauftragten“, dem Politbüro der russischen Bolschewiki nachgebildet, der von einem fünfzehnköpfigen Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates – analog zum Zentralkomitee der Bolschewiki – kontrolliert werden sollte. Dem Rat der Volksbeauftragten wurden wiederum nach dem Vorbild der Sowjetunion insgesamt neun sogenannte Volkskommissariate unterstellt, die fortan die Landesverwaltung der Freien Hansestadt bilden sollten.

Bürgerlichen Personen und Mehrheitssozialdemokraten wurde der Waffenbesitz verboten. Außerdem wurden an Ort und Stelle zwei Telegramme beschlossen und auch umgehend abgesendet: das eine an Ebert, das diesen und die anderen Mitglieder des Reichs-Rates der Volksbeauftragten zum Rücktritt aufforderte; das andere an Lenin nach Petrograd, das der Sowjetunion die Solidarität der Bremer Räterepublik erklärte. Schließlich zog der Demonstrationenzug vor das Gewerkschaftshaus. Die Bewaffneten besetzten das Gebäude, trieben die Gewerkschaftsfunktionäre buchstäblich auf die Straße und beschlagnahmten die Gewerkschaftskasse. Damit war der Staatsstreich perfekt – denn um einen solchen handelte es sich bei dieser zweiten Revolution zweifelsfrei. Der Gegensatz zur ersten Revolution könnte kaum größer sein. Die Orientierung seines Ablaufes an der sogenannten Oktoberrevolution in Petrograd 1917 ist offenkundig. Knief hätte jetzt der neue „Starke Mann“ der Bremer Politik sein können. Er war es aber nicht und er sollte es auch nie werden. Kurz vor dem Staatsstreich, gerade, als die letzten Vorbereitungen für diesen getroffen wurden, kollabierte Knief und musste in ein Bremer Krankenhaus gebracht werden.<sup>41</sup> Er wurde umgehend einer Notoperation unterzogen. Körperlich und damit auch politisch völlig handlungsunfähig, musste er sich im kommenden Vierteljahr noch vier weiteren Operationen unterziehen und starb schließlich doch am 6. April 1919 an einer verschleppten Blinddarm-Entzündung – ohne vorher nochmals in das politische Geschehen eingreifen zu können.

In den 25 Tagen des Bestehens der Bremer Räterepublik sollten nur zwei der neun Volkskommissariate nennenswerte politische Entscheidungen treffen – dasjenige für das Schul- und Bildungswesen und sein Kommissar Hermann Böse zuvörderst. Böse, wie Knief ein radikalisierte Lehrer, der in bürgerlichen Verhältnissen lebte, führte im Land Bremen im Januar 1919 eine einheitliche vierjährige Primarstufe für alle schulpflichtigen Kinder ein, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihrer späteren schulischen Laufbahn. Es war dies die eigentliche Geburtsstunde der heute üblichen Grundschule. Außerdem wurde durch Böse der konfessionelle Religionsunterricht an allen Bremer Schulen abgeschafft. An seine Stelle trat ein konfessionsfreier Ethikunterricht. Das Volkskommissariat für Presse und Propaganda unter der Leitung von Curt Stoermer übte derweil die für die beiden bürgerlichen Zeitungen Bremens wieder eingeführte Zensur aus – wie gesehen jedoch in keiner Weise vergleichbar mit derjenigen der zeitgenössischen Sowjetunion oder gar späterer stalinistischer Diktaturen. Das mehrheitssozialdemokratische Projekt einer eigenen neuen Parteizeitung wurde von ihm zunächst verboten, Ende Januar dann aber doch genehmigt. So konnte das „Bremer Volksblatt“ noch zu Zeiten der Räterepublik erstmals in den Druck gehen.

Die neue Räteregierung als Ganzes – bestehend aus einer kommunistischen Mehrheit und einer USPD-Minderheit – wurde gerade einmal zwei Tage nach ihrer Implementierung mit zwei grundlegenden Problemen konfrontiert, an der die Räterepublik innerhalb von nur einer Woche politisch scheiterte. Das erste Problem bestand in dem unaufhaltsam näher rückenden Termin des 19. Januar 1919, für den kurz vor Weihnachten der Reichsrätekongress Wahlen zu einer verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung ausgeschrieben hatte – und zwar demokratische, also nicht nur freie, gleiche, direkte und geheime, sondern vor allem auch allgemeine Wahlen. Diese waren aber wie ausgeführt mit dem systemischen Grundprinzip einer Räteherrschaft – geschweige denn dem einer kommunistischen Diktatur des Proletariats – unvereinbar. Ganz im Sinne Kniefs und seiner bereits am 19. November 1918 initiierten Resolution wollte die KPD die Abhaltung dieser Wahlen daher in Bremen auf keinen Fall zulassen und konnte mit dieser Haltung immerhin sogar eine kleine Minderheit in der USPD um Frasunkiewicz in ihr politisches Fahrwasser ziehen. In einer Vollversammlung der drei Teilgremien der Räteregierung wurde am 12. Januar 1919 daher die Wahl zur deutschen Nationalversammlung in Bremen verboten. Dies geschah allerdings gegen den vehementen Widerspruch von sechs USPD-

---

<sup>41</sup> Zu Kniefs schwerer Erkrankung Engel, Johann Knief (wie Fn. 28), S. 412 ff.

Mitgliedern der Räteregierung. Ihn nutzte Henke, um für den nächsten Tag eine gemeinsame Sitzung des Arbeiter- und des Soldatenrates herbeizuführen – die erste nach dem Putsch. Auf dieser stellte er dann das Verbot der Wahl zur Disposition. Mit der großen Mehrzahl der USPD-Mitglieder im Arbeiterrat und den Stimmen von praktisch allen Mitgliedern des Soldatenrates wurde der Beschluss der Räteregierung mit knapper Mehrheit wieder aufgehoben und die reguläre Durchführung der Wahl beschlossen. Dies war ein schwerer Schlag für die Autorität der KPD-dominierten Räteregierung, zumal der KPD-Landesvorstand in Abwesenheit Kniefs auf ihn wie paralysiert reagierte.

Mit dem zweiten Problem wurde die Räteregierung ebenfalls noch am 12. Januar konfrontiert. Der Direktor der für den Zahlungsverkehr zuständigen Generalkasse der Freien Hansestadt teilte der Regierung mit, dass die noch zur Verfügung stehenden Geldreserven lediglich noch für 14 Tage ausreichen würden. Dann würde die akute Zahlungsunfähigkeit eintreten und auch kein Geld mehr da sein, um die Bevölkerung der Stadt mit Lebensmitteln zu versorgen. Von der Räteregierung wurde daraufhin kurzfristig der Gedanke der Einführung einer eigenen Bremer Währung ventiliert, aber auch ebenso schnell wieder verworfen. Wie eingangs erwähnt, dauerte auch im Januar 1919 die britische Seeblockade der bremischen Häfen noch an. Auf dem Seeweg konnten also keine Lebensmittel in die Stadt gelangen, vor allem kein dringend benötigtes Getreide. Die Bauern der Bremer Landgemeinden waren aber allein bei weitem nicht imstande, die Stadt und ihre nach über vier Kriegsjahren ohnehin unterernährte Bevölkerung mit den benötigten Lebensmitteln zu versorgen. Um eine akute Hungersnot zu vermeiden, war man daher auf die Zulieferung der Bauern des preußischen und oldenburgischen Umlandes angewiesen – und es erschien als ausgeschlossen, dass diese eine eigenständige Bremer Währung einer kommunistischen Räteregierung als Zahlungsmittel akzeptieren würden.

In Abwesenheit von Knief reagierten die KPD-dominierte Räteregierung und der Landesvorstand der KPD auch in dieser Frage politisch hilflos. Hans Brodmerkel, Kniefs Stellvertreter, wagte wie schon zu Beginn der Revolution in dessen Abwesenheit keine Entscheidungen zu treffen. Die Bremer KPD-Führung war offensichtlich so auf die Person ihres Vorsitzenden zugeschnitten, dass dessen Abwesenheit politische Aktionsunfähigkeit zur Folge hatte. Diese Schockstarre der eigenen Parteiführung in Verbindung mit der zeitgleichen Desavouierung der Räteregierung durch den Arbeiter- und Soldatenrat brachte jedoch die Parteibasis der KPD auf die Beine – vor allem in ihrer Hochburg, der AG Weser. Dort wurden die Ereignisse in dem zwischenzeitlich eingespielten Wahrnehmungsmuster offenbar vor allem als Verrat an der Revolution empfunden. Am 14. Januar besetzten bewaffnete Arbeiter die Filialen der Bremer Banken und forderten die Öffnung der Tresore sowie die Herausgabe der Bargeldbestände. Unautorisierte Streikaufrufe kursierten, die allerdings offenbar nur auf der AG Weser Resonanz fanden. In den beiden Stadtteilen Gröpelingen und Walle, wo die meisten Arbeiter der AG Weser wohnten, wurden Straßenbarrikaden errichtet. Der Soldatenrat reagierte auf diese Entwicklung mit der Anwendung von Gewalt. Bewaffnete Soldaten trieben die Arbeiter aus den Bankgebäuden. Der Hauptbahnhof, das Rathaus und die Brücken über die Weser wurden von bewaffneten Soldaten besetzt. Bewaffnete Matrosen räumten die Barrikaden in Walle und Gröpelingen, schossen die sie verteidigenden Arbeiter zusammen und verfolgten die letzten bis auf das Gelände der AG Weser. Es gab eine nie genau erfasste Anzahl an Toten und Verletzten.<sup>42</sup>

Am 16. Januar teilten sämtliche deutsche Landesbanken und alle privaten deutschen Großbanken der Räteregierung die Einstellung ihres gesamten Zahlungsverkehrs von und nach Bremen mit. Die Räteregierung wurde daraufhin bei den in Bremen ansässigen Banken mit der Bitte um einen Kredit vorstellig, um Lebensmittel für die Einwohner der Stadt kaufen zu können. Nach zweitägigen

---

<sup>42</sup> In der BBZ vom 18.1.19 findet sich ein kurzer Artikel über „die Beerdigung der Opfer“. Aus diesem geht hervor, dass „die Leichen [...] im Rathaus“ aufgebahrt wurden.

Verhandlungen verweigerten sich die Bremer Banken diesem Ersuchen aber mit der Begründung, kein politisches Vertrauen in die Räteregierung zu haben. Der daraufhin noch am 18. Januar zu einer Krisensitzung einberufene Arbeiter- und Soldatenrat fasste schließlich den Beschluss, für den 9. März Wahlen zu einer Bremer Nationalversammlung auszuschreiben, die nach demokratischem Prinzip stattfinden, also frei, direkt, gleich, geheim und auch allgemein sein sollten. Damit war nicht nur die Räterepublik gescheitert, sondern im Grunde das gesamte Experiment einer Räteherrschaft der Arbeiter und Soldaten, wie es sich seit Anfang November 1918 in Bremen herausgebildet hatte. Die KPD hatte es geschafft, dieses Experiment innerhalb von nur einer Woche mit voller Wucht vor die Wand zu fahren.

Am 19. Januar 1919 fanden dann in Bremen unter dem Schutz des Soldatenrates ganz regulär und ohne jeden Zwischenfall die demokratischen Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung statt. Wie überall im Reich boykottierte die KPD diese Wahl auch in Bremen, was allerdings einer hohen Wahlbeteiligung keinen Abbruch tat. Mit 42 % der Stimmen erzielte die MSPD einen herausragenden Wahlsieg in Bremen. An zweiter Stelle kam die bürgerlich-liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) mit 33,5 % der Stimmen. Die USPD erzielte 18,2 %. Alle anderen zur Wahl angetretenen Parteien verteilten sich auf die restlichen 6,3 % – unter ihnen auch die DNVP, die in Bremen kaum mehr Stimmen erhielt als die hier seit jeher politisch irrelevante Zentrumspartei. Dieses Wahlergebnis war diesmal keine Überraschung mehr. Henke erzielte einen großen persönlichen Erfolg und wurde als Vertreter Bremens in die Nationalversammlung gewählt. Offenbar war seine persönliche Reputation in Bremen weit größer als die seiner Partei. Aber auch der MSPD-Landesvorsitzende Deichmann zog in das neue deutsche Parlament ein.

Am Montag nach der Wahl traten die akuten Sorgen der Bewältigung des Alltags wieder in den Vordergrund. Offenbar schaute man vor allem in verschiedenen Kreisen des Bremer Bürgertums mit einigem Entsetzen auf den Termin, den der Arbeiter- und Soldatenrat für die Wahl einer Bremer Nationalversammlung und damit für den Abtritt der Räteregierung angesetzt hatte: Nach den traumatischen Erfahrungen der letzten zehn Tage erschien der 9. März eine unerreichbare Ewigkeit entfernt. Noch am 20. Januar machte sich eine Delegation unter Leitung des Kaffee-Großkaufmanns Roselius auf den Weg nach Weimar, wohin der Rat der Volksbeauftragten unter Ebert inzwischen seinen Sitz verlegt hatte. Es ist nicht bekannt, wer außer Roselius dieser Bremer Delegation angehörte und wie ihre Entsendung zustande kam. Roselius forderte die Volksbeauftragten auf, in Bremen die Reichsexekution durchzuführen, da die kommunistisch dominierte Räteregierung jedes Vertrauen der Bevölkerung verloren, die Freie Hansestadt in die Zahlungsunfähigkeit gewirtschaftet habe und vor allem weder fähig noch willens sei, die Ernährung der Bevölkerung zu gewährleisten. Es ist gleichfalls unklar, ob Roselius und seine Delegation mit ihrem dringenden Appell für Ebert und Noske nur willkommene Stichwortgeber waren oder sie das nun Folgende tatsächlich politisch anstießen.

Noske selbst begründete die Intervention in Bremen in seinen Memoiren später jedenfalls damit, „wenn Bremen nicht in Ordnung gebracht werde, könne die Regierung [der Volksbeauftragten in Weimar] sich selbst als erledigt betrachten, weil niemand sie respektiere“.<sup>43</sup> Noske setzte auf alle Fälle erst eine Woche später, am 27. Januar, tatsächlich zwei schlagkräftige, mit Artillerie und zwei Panzern ausgerüstete militärische Kampfverbände in Richtung Bremen in Marsch: aus Küstrin die 3. Infanteriebrigade des Landeschützenkorps der preußischen Armee unter dem Befehl von Oberst Gerstenberg und mitten aus den Bürgerkriegs-Kämpfen in Berlin die 1. Marineinfanteriebrigade unter dem Kommando eines Kapitäns von Rosten.<sup>44</sup> Zusammengenommen umfassten beide Kampfverbände etwa 5000 Soldaten. Aus praktischen militärischen Erwägungen heraus übertrug

---

<sup>43</sup> Gustav Noske, *Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie*, Offenbach 1947, S. 82.

<sup>44</sup> Die Verbände der Marineinfanterie waren kleiner als die des Heeres, so dass die Marineinfanteriebrigade faktisch die Mannschaftsstärke eines Infanterieregiments des Heeres besaß.



Noske das Gesamtkommando der beiden Verbände an Gerstenberg. Bereits in den zeitgenössischen Zeitungsberichten wurde diese Eingreiftruppe deshalb als „Division Gerstenberg“ bezeichnet, obwohl dies ein sachlich unzutreffender Begriff war: Weder handelte es sich um einen einheitlichen Verband noch gehörten die beiden Truppenteile derselben Truppengattung an oder erreichte die Truppe Divisionsstärke.

Am 20. Januar kam es in Bremen erneut zu Bankenbesetzungen durch bewaffnete kommunistische Arbeiter und zu unautorisierten Streikaufrufen, die allerdings kaum befolgt wurden. Die Leitungen der Bremer Banken forderten daraufhin noch am selben Tag die Räteregierung auf, die Finanzdeputation wieder einzusetzen und mit der Lösung des Problems der akuten Zahlungsunfähigkeit Bremens zu betrauen – und außerdem, den Belagerungszustand und die Zensur der bürgerlichen Zeitungen aufzuheben. Eine wie auch immer geartete Reaktion der Räteregierung auf diesen Vorstoß ist allerdings nicht dokumentiert. Nachweisbar ist dagegen, dass in der letzten Januar-Woche Major Caspari nicht nur durch die bürgerlichen Stadtviertel und die Landgemeinden Bremens, sondern auch durch die Kleinstädte und Dörfer des Bremer Umlandes zog, um junge Männer für den Beitritt zu einem von ihm zu führenden Freikorps anzuwerben. Ende des Monats war es ihm auf diese Weise gelungen, etwa 600 Mann zusammenzubekommen – nur zu einem kleineren Teil Soldaten seines 75er-Regimentes, mehrheitlich vor allem Bauern- und Handwerkersöhne aus den ländlichen Gegenden und den kleinbürgerlichen Stadtvierteln Bremens.

Am 29. Januar versammelten sich die beiden Truppenverbände von Oberst Gerstenberg und das Freikorps Caspari in Verden an der Aller. In den folgenden Tagen bis zum 3. Februar kam es zu Verhandlungen zwischen der Räteregierung bzw. dem Arbeiter- und Soldatenrat auf der einen Seite und dem Berliner Rat der Volksbeauftragten sowie den Truppenkommandos auf der anderen Seite. Insbesondere Henke bemühte sich um eine Deeskalation der Situation, versuchte politische Kontakte zu knüpfen und beschwor einen neuen deutschen Militarismus für den Fall einer Militärintervention. Noch am 3. Februar reiste er aus Bremen in Richtung Weimar ab, um dort persönlich vorstellig zu werden. Nahezu ununterbrochen tagten derweil die verschiedenen politischen Gremien der Räterepublik in hektischen Krisensitzungen. Forderungen und Gegenangebote folgten aufeinander, allerdings ohne dass es zu einer Einigung kam. Am 3. Februar 1919 erteilte Noske schließlich den Einsatzbefehl.

Am 4. Februar 1919 griffen kurz nach Tagesanbruch die in Verden zusammengezogenen Einheiten an.<sup>45</sup> Das Freikorps Caspari rückte auf dem linken Weserufer über Arsten und Kattenturm in die Neustadt ein, die beiden Verbände Gerstenbergs auf dem rechten Weserufer über Mahndorf in einem weiten Bogen in die Bremer Innenstadt und dann in die KPD-Hochburgen Walle und Gröpelingen. Die Räteregierung und der Arbeiter- und Soldatenrat versendeten Telegramme mit dringenden Hilfsersuchen an die verschiedensten Adressaten. In Abwesenheit der beiden politischen Zentralfiguren Knief und Henke unterblieb jedoch jedwede koordinierende und anleitende Tätigkeit gegenüber den eigenen bewaffneten Kräften. Der bewaffnete Widerstand gegenüber den einrückenden Truppen Gerstenbergs und Casparis war deshalb völlig unkoordiniert und verzettelte sich schnell. Allerdings war er sehr erbittert und hart. Es kam zu heftigen Straßenkämpfen, und insbesondere in den Stadtteilen Walle und Gröpelingen mussten sich die Einheiten Gerstenbergs im Straßenkampf teilweise Häuserblock für Häuserblock vorkämpfen, wobei auch Maschinengewehre, leichte Artillerie und die beiden Panzer zum Einsatz kamen, von denen einer sogar zerstört wurde. Die Kämpfe dauerten noch nach Einbruch der Dunkelheit an, auf dem westlichen Weserufer endeten sie kurz nach 18 Uhr. Die letzten Widerstandsnester gegen die Einheiten Gerstenbergs erstarben auf dem Gelände der AG Weser gegen 22 Uhr.

---

<sup>45</sup> Zu dieser Militärintervention Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 3 (wie Fn. 27), S. 73 ff.; Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution (wie Fn. 15), S. 246 ff.

Am 4. Februar 1919 kamen bei den Kämpfen in Bremen insgesamt 29 bewaffnete Unterstützer der Räteregierung ums Leben sowie 26 Mitglieder der Einheiten Gerstenbergs und Casparis. Außerdem wurden insgesamt 29 unbeteiligte Zivilisten getötet – achtzehn Männer, fünf Frauen und sechs Kinder.<sup>46</sup> Die Opfer aus den Reihen der Unterstützer der Räteregierung wurden in den folgenden Tagen in einem Reihengrab auf dem Waller Friedhof beigesetzt, die getöteten Soldaten und Freikorpskämpfer in Einzelgräbern auf dem Riensberger Friedhof. Um die Bestattung der getöteten Zivilisten mussten sich dagegen allein deren Angehörige kümmern. Im Gegensatz zu den meisten anderen Orten gewaltsamer Niederschlagungen von Räterepubliken und kommunistischen Aufständen gab es in Bremen nur einen dokumentierten Fall der Ermordung eines gefangengenommenen Kommunisten durch sogenanntes „Erschießen auf der Flucht“. Stattdessen wurden im Laufe des 4. Februar insgesamt 269 entwaffnete und gefangengenommene Unterstützer der Räteregierung in das Gefängnis von Bremen-Oslebshausen eingeliefert, darunter auch der berühmte Worpsweder Maler Heinrich Vogeler. Das I. Hanseatische Infanterieregiment Nr. 75 griff als Truppenverband nicht in die Kämpfe ein, sondern verblieb den ganzen 4. Februar in seiner Kaserne in der Neustadt. Als Zeichen der Neutralität wehte den ganzen Tag eine weiße Fahne über dieser.

Noch am Abend des 4. Februar setzte Oberst Gerstenberg als Militärbefehlshaber eine neue Provisorische Regierung in Bremen ein, die von dem MSPD-Landesvorsitzenden Deichmann geleitet wurde. Die Gründung einer Regierungsschutztruppe wurde ausgerufen. Die Bremer Bürgerzeitung wurde verboten, ebenso „Der Kommunist“. Die Zensur der beiden bürgerlichen Tageszeitungen wurde aufgehoben. Die MSPD erhielt außerdem die Druckerei der BBZ zurück. Das Standrecht wurde zwar aufgehoben, der Belagerungszustand aber bestätigt und durch ein allgemeines Versammlungsverbot sogar noch verschärft. Die Räteregierung und der Soldatenrat wurden für aufgelöst erklärt, der Arbeiterrat jedoch zunächst einmal nur suspendiert. Ein sogenannter 21er-Ausschuss wurde eingesetzt, der seine Interessen vertreten sollte. Entsprechendes war bereits vor der Militärintervention von Seiten des Reichs-Rates der Volksbeauftragten mit dem MSPD-Landesvorstand, dem Vorstand des Bremer Bürgerausschusses und den Mitgliedern des abgesetzten patrizischen Senates vereinbart worden.<sup>47</sup>

#### 4.3 Zusammenschau der dritten Phase

Die stürmischen 25 Tage der Bremer Räterepublik verwandelten die Freie Hansestadt zeitweise in eine Art kommunikative und infrastrukturelle Insel, deren öffentliche Diskurse sehr stark binnenbezogen waren – so stark, dass die Intervention der Reichspolitik in die innerbremischen Angelegenheiten zumindest für die Öffentlichkeit dann völlig überraschend kam und somit kaum Zeit zur Orientierung bot. Maßgeblich wurde die zweite Revolution in Bremen durch das interaktive Zusammenspiel von politischen Kräften antagonistischer politischer Provenienz ausgelöst – politische Kräfte, die jeweils auf ihre Weise nicht bereit waren, das politische Ergebnis der ersten Revolution vom 6. bzw. 9. November 1918 zu akzeptieren: einerseits die „75er“ bzw. ihre Führung um Caspari, die den Zusammenbruch des alten hierarchisch-paternalistischen Bremer Ständestaates nicht hinzunehmen bereit waren; andererseits die Kommunisten, die nicht bereit waren, ein in ihren Augen „falsches“ Wahlergebnis zu akzeptieren und mit diesem die politische Partizipation eines Teils der Arbeiterbewegung, der ein anderes Verständnis von Sozialismus hatte als sie selbst. Diese beiden politischen Kräfte waren strukturell und mental autoritär konstituiert, setzten auf das Mittel der Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Vorstellungen und brachten eine neue Qualität der Militanz in die bremische Politik: Die Frage nach der Kontrolle der Waffendepots ersetzte bei ihnen

---

<sup>46</sup> Die genauen Zahlen der Getöteten variieren in der Überlieferung. Die Quantifizierung hier geschieht nach Peter Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution (wie Fn. 15), S. 296.

<sup>47</sup> Ebd., S. 257 ff.

das Ringen um politische Mehrheiten.

Folgerichtig mutierte das zentrale Medium der Räteregierung, die BBZ, denn auch phasenweise nahezu vollständig von einem Informationsorgan zu einem politischen „Kampfblatt“, wie es in der weiteren Geschichte der Presse in der Weimarer Republik an den extremen politischen Flanken dann noch zahlreiche weitere geben sollte.<sup>48</sup> In einer hierarchischen Beziehung zwischen Parteiführungen und politischer Gefolgschaft wurden nicht mehr politische Debatten geführt, sondern Feindlagen definiert, Mobilisierung erzeugt und schließlich Durchhalteparolen ausgegeben. Dieser Ton der öffentlichen Auseinandersetzungen färbte merkbar auf die bürgerlichen Protagonisten des öffentlichen Diskurses ab: BN und WZ lesen sich in ihren Artikeln über den Aufstand des Spartakus-Bundes in Berlin im Januar 1919 sowie über die Militärintervention in Bremen Ende Januar/Anfang Februar wie Frontberichte von den „Stahlgewittern“ des Ersten Weltkriegs. Apropos Berlin: Zumindest in der unmittelbaren Vorgeschichte der zweiten Revolution in Bremen wird auch ersichtlich, dass dieses Ereignis in seiner Anfangsphase zumindest deutlich stimuliert wurde durch die Presseberichte über das Auseinanderbrechen des von MSPD und USPD gemeinsam gebildeten ersten Rates der Volksbeauftragten und die nachfolgende gewaltsame Zuspitzung des Konfliktes in Berlin. Hier wirkte einmal mehr der öffentliche Diskurs über die Reichspolitik unmittelbar auf die örtlichen politischen Vorgänge ein.

Das schnelle Scheitern der Bremer Räterepublik wurde von einem regelrechten Konglomerat unterschiedlicher Ursachen herbeigeführt, strukturellen und zufälligen. Ohne die Unterstützung der Landwirte konnte die ausgehungerte Stadt bei andauernder Seeblockade nicht in einer politischen Insellage gehalten werden. Eine kommunistisch dominierte Räteregierung, die bei Banken vergeblich um Kredite betteln musste und ihre darob empörte eigene Parteibasis vom Soldatenrat zusammenschießen ließ, bot weder nach innen noch nach außen ein überzeugendes Bild. Im politisch für die Bremer KPD ungünstigsten Moment fiel ihr zentraler politischer Protagonist Knief gesundheitsbedingt als Akteur aus und verursachte damit in der Führung seiner Landespartei ein politisches Vakuum, das die KPD wochen- und monatelang nicht auszufüllen imstande sein sollte. Weder das Bremer Bürgertum noch die militanten Kreise um Caspari waren bereit, eine Herrschaft der Kommunisten widerstandslos hinzunehmen, insbesondere nachdem diese ihre gravierenden Schwächen und Defizite von Tag zu Tag mehr offenbarten. Im allgemeinen Chaos jener Wochen brauchte der nach Weimar ausgewichene Rat der Volksbeauftragten um Ebert und Noske dringend einen öffentlich deutlich sichtbaren schnellen und weitreichenden Erfolg – und die Bremer Räterepublik bot sich in ihrer desaströsen Verfassung geradezu dazu an, an ihr ein einfach zu vollstreckendes, aber weithin politische Signalwirkung erzeugendes Exempel zu statuieren.

Aber vor allem eine Ursache für ihr Scheitern sticht dann doch heraus: Henke und die große Mehrheit der Bremer USPD waren nicht bereit, sich auf den Autoritarismus der KPD einzulassen, deren machtpolitischen Monopolanspruch zu akzeptieren und ihre Vorstellung eines freiheitlichen Sozialismus gegen das leninistische Konzept der Diktatur einer Kaderpartei im Namen des Proletariats einzutauschen. In der letzten Ausgabe der BBZ hat Henke dies auch publizistisch deutlich gemacht, indem er die traditionsreiche Zeitung der Bremer Arbeiterbewegung von einem Kampfblatt wieder zurückverwandelte in ein Informationsmedium. Mit seiner vermeintlichen Wandlung vom Radikalen zum Gemäßigten hatte das allerdings wenig zu tun.<sup>49</sup> Seine Haltung als USPD-Politiker gegenüber der KPD im Januar 1919 war vielmehr von demselben Selbstverständnis geprägt, das ihn während des Ersten Weltkriegs mit der MSPD aneinandergeraten ließ: der eines Hüters der großen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie.

Noch etwas macht ein Blick in die kurze Geschichte der Bremer Räterepublik deutlich: Gegenüber

---

<sup>48</sup> Dazu Rudolf Stöber, Deutsche Pressegeschichte, 3. Aufl. Konstanz 2014, S. 248 ff.

<sup>49</sup> Diese These vertritt vor allem Engel, Radikal, gemäßigt, vergessen (wie Fn. 35).

dem noch in ständischen Traditionen stehenden Konzept der Räteherrschaft verfügte das egalitäre, d. h. vor allem auch auf der Allgemeinheit der Wahlen fußende Konzept der parlamentarischen Demokratie einen durchaus modernisierenden Charakter. Es war deshalb keine Restauration, was die Einwohnerschaft Bremens nach dem 4. Februar 1919 erwartete.

## **5. Der Übergang zur parlamentarischen Demokratie: 5. Februar bis 31. März 1919**

Die insgesamt fünfköpfige Provisorische Regierung unter der Leitung Deichmanns wurde wie erwähnt noch am Abend des 4. Februars 1919 konstituiert.<sup>50</sup> Die Provisorische Regierung war personell weitgehend identisch mit dem Landesvorstand der MSPD. Für den Rest des Untersuchungszeitraumes trug sie die Verantwortung für die politischen Geschehnisse Bremens. Die noch vom Arbeiter- und Soldatenrat angesetzten demokratischen Wahlen zu einer verfassunggebenden Bremer Nationalversammlung am 9. März wurden von ihr bestätigt. Innerhalb weniger Tage eröffneten die Banken wieder den Zahlungsverkehr mit Bremen. Auch die Generalkasse der Freien Hansestadt war binnen kurzem wieder flüssig. Weniger selbstverständlich war, dass die Provisorische Regierung die große Schulreform der Räteregierung unter der Ägide Hermann Böses bestätigte.

### 5.1 Der öffentliche Diskurs

Die publizistischen Nachwehen der Militärintervention prägten zunächst die Berichterstattung in der unmittelbaren Zeit nach dem 4. Februar. In beiden bürgerlichen Zeitungen wurde die Militärintervention nachdrücklich begrüßt und als „Befreiung“ gefeiert. Dennoch gab es zwischen BN und WZ Unterschiede in der Form und im Ton der Berichterstattung. „Die Eroberung Bremens durch die Regierungstruppen“ fand in den BN eine ausführliche, detailreiche Nachberichterstattung über den Ereignisablauf (5.2., 6.2.19). Der sprachliche Duktus hat etwas von einer nachträglichen Kriegsberichterstattung. Dass die neue Provisorische Regierung Bremens von der MSPD gebildet wurde, wurde zwar auch berichtet. Im Mittelpunkt stand jedoch ganz die Kampf-Perspektive gegen „Links“. Zumindest kurzfristig schien es so, als habe die Zeitung wieder zu ihrem alten deutschnationalistischen Kurs vor den Oktober-Reformen von 1918 zurückgefunden. Die WZ war dagegen zumindest in der Perspektive ihrer Berichterstattung wesentlich breiter aufgestellt und außerdem viel politischer. Aus den Themen ihrer Artikel wurde deutlich, dass zwar der Machtkampf in Bremen, aber noch keineswegs der im Reich entschieden war und dass sich Deutschland und damit auch Bremen auch nach dem 4. Februar in einer politisch sehr labilen Situation befand (WZ 5.2., 6.2.19, jeweils auch B).

Das BVB fuhr zunächst eine publizistische Doppelstrategie, die sich allerdings ergänzte. Einerseits wurde darüber berichtet, dass „die unabhängig-kommunistische Regierung gestürzt“ (BVB 5.2.19) sei – im Vergleich zu den BN allerdings in relativ moderaten Tönen, aber ohne eine ähnliche Detailliertheit (BVB 6.2.19). Zum anderen berichtete sie ausführlich über das eigene „sozialistische Aktionsprogramm“ und über Sozialisierungsmaßnahmen, die nun von der Reichsregierung in die Wege geleitet würden (BVB 6.2., 14.2.19). Außerdem öffnete sie ihre Spalten für Leserbriefe, die erstaunlich kontrovers ausfielen und in einigen Fällen auch Kritik von Lesern an der Parteiführung der MSPD enthielten. Im weiteren Verlauf des Februar ging das BVB dann zu einer Kampagne gegen den USPD-Landesvorsitzenden Henke über, dem unter Berufung auf angeblich nach der Militärintervention aufgefundene Dokumente vorgeworfen wurde, in Wirklichkeit viel radikaler gewesen zu sein als es nach außen erschienen sei, mit der KPD eng zusammengearbeitet, in der

---

<sup>50</sup> Zum Folgenden Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Bd. 3 (wie Fn. 27), S. 91 ff.; Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution (wie Fn. 15), S. 303 ff.

Bremer Finanzkrise von Mitte Januar aber auch eng mit den Banken kooperiert sowie außerdem Ende Januar, Anfang Februar in Wirklichkeit gar nicht deeskaliert zu haben. Diese Vorwürfe sind zum Teil widersprüchlich, die Quellen, auf denen sie beruhen sollen, bleiben vage (BVB 15.2., 28.2.19). Als Henke kurzfristig einen Auftritt bei einer Wahlkampfveranstaltung der USPD absagte, verbreitete das BVB die Nachricht, Henke sei aus Bremen geflohen, was sich aber schnell als Falschmeldung herausstellte (15.2.19). Kurz danach, Anfang März und damit noch vor den Bremer Wahlen, wurde diese Kampagne schließlich abrupt und ohne Begründung eingestellt.

Die – allerdings erst seit dem 11. Februar erscheinende – „Bremer Arbeiter-Zeitung“ (ihr Herausgeber war Henke und Chefredakteur dessen Vertrauter Faust) zeigte sich in ihren ersten Ausgaben dagegen zunächst erkennbar traumatisiert vom unmittelbaren Erlebnis extremer Gewaltanwendung. Die Erstausgabe ist „Unseren Toten“ gewidmet. Ein Duktus der Fassungslosigkeit durchzieht in Ton und Inhalt die ersten Ausgaben, die sich sehr emotional an den Ereignissen des 4. Februar abarbeiten: Man habe es nie für möglich gehalten, „dass deutsche Soldaten mit Maschinengewehren und Minenwerfern auf ihre Väter, Mütter und Schwestern schießen“ und sich „in ihrer Vaterstadt Bremen aufführen als stünden sie noch immer vor Reims oder Amiens“ (BAZ 11.2.19).

Die BAZ war ein recht kleines Blatt mit nur wenigen Seiten, die praktisch ausschließlich über Bremisches berichteten. Auch Anzeigen gab es kaum. Im Vergleich zur BBZ war der publizistische Rückschlag gravierend. Erst in der zweiten Woche ihres Erscheinens löste sich der spürbare Schock, und die Zeitung ging zur aktuellen Politik-Berichterstattung über. Dabei stand dann zunächst vor allem die Abwehr der MSPD-Kampagne gegen Henke im Mittelpunkt. Die BAZ legte detailliert, recht sachlich im Ton und inhaltlich ausgesprochen informativ die Politik des USPD-Landesvorsitzenden Henke während der Räterepublik dar – sowohl den Dissens mit der KPD bezüglich einer „Diktatur des Proletariats“ als auch bezüglich seiner Gespräche mit den Bankvorständen und seiner Bemühungen um eine gewaltfreie Lösung des Konflikts Ende Januar und Anfang Februar (17.2., 25.2.19). Dieser neue Ton der Sachlichkeit, verbunden mit dem journalistischen Primat der Information über Ereignisabläufe, stellte einen bemerkenswerten Unterschied zur bisherigen Publizistik der sozialistischen Presse in Bremen dar.

Im restlichen Untersuchungszeitraum wurden die Artikel der Zeitungen dann von den Wahlen zur Bremer Nationalversammlung am 9. März 1919 dominiert – und zwar sowohl im Zeitraum des akuten Wahlkampfes wie danach im Zeitraum der Konstituierung einer neuen parlamentarischen Regierungsform. Die Berichterstattung der WZ sticht in diesen Wochen gegenüber den drei anderen untersuchten Bremer Zeitungen deutlich ab. Im Mittelpunkt standen nun vor allem die nationale Ebene mit ausführlichen Berichten über die beginnenden Sitzungen der Weimarer Nationalversammlung und über die weitergehenden Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Spartakus-Anhängern in anderen Teilen des Deutschen Reiches sowie die internationale Ebene mit ebenso ausführlichen Berichten über die in Paris beginnenden Friedensverhandlungen.<sup>51</sup> Die Bremer Politik verlagerte sich auf ihre hinteren Seiten. Hier machte die WZ dann allerdings dezidierten Wahlkampf für die DDP (z. B. 6.3.19 B).

Zwar berichtete auch das BVB über die Weimarer Nationalversammlung, insbesondere über die Wahl Eberts zum Reichspräsidenten und die Scheidemanns zum Reichsministerpräsidenten (12.2., 13.2.19). Außerdem eröffnete sie eine Kampagne zur Aufklärung der Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die den ganzen Februar über andauerte (z. B. BVB 14.2., 24.2.19). Allerdings bildete den Schwerpunkt ihrer Berichterstattung analog zu BAZ und BN nach wie vor die bremische Politik. Während BAZ und BVB für ihre jeweiligen sozialdemokratischen Parteien

---

<sup>51</sup> Neben vielen anderen Beispielen: WZ 21.2., 22.2., 23.2.19 (jeweils B).

Wahlkampf machten (z. B. BAZ 8.3.19, BVB 7.3.19) – das BVB deutlich aggressiver als die BAZ<sup>52</sup> –, berichteten die BN relativ neutral und ausführlich über den Wahlkampf der DDP und einer neu gegründeten berufsständischen Liste, wohingegen gegenüber der DNVP wiederum eine explizite Abgrenzung erfolgte (z. B. 27.2., 6.3.19).

In den Tagen unmittelbar vor den Wahlen fand zwischen den drei Zeitungen außerdem ein aufeinander bezogener Geschichtsdiskurs über die jüngsten Ereignisse statt, den es abschließend noch ein wenig näher zu betrachten lohnt. Die BAZ startete unter der Überschrift: „Zur Vorgeschichte des blutigen Dienstag“, indem sie über den angeblichen Wortlaut eines Gespräches zwischen Henke und Noske am Rande der deutschen Ministerpräsidentenkonferenz vom 23. Januar berichtete, an der Henke als Vertreter Bremens teilgenommen hatte (24.2.19). Noske teilt in diesem als ausgesprochen freundschaftlich dargestellten Gespräch Henke mit, dass er von seinen Kollegen „die Vollmacht erhalten“ habe, gegen die „Unordnungen“ in den Ländern Bremen und Hamburg „einzuschreiten“ und äußert Zweifel an der Loyalität der dortigen Regierungen gegenüber der Reichsregierung. Das Gespräch habe dann mit der informellen Übereinkunft eines direkten Gespräches zwischen Noske und der Bremer Räteregierung geendet. Auf die Einlösung dieser Zusage habe man in den folgenden Tagen im Bremer Arbeiter- und Soldatenrat aber vergebens gewartet. Stattdessen habe Noske plötzlich und ohne Vorwarnung die „Division Gerstenberg“ in Marsch gesetzt. Noske und mit ihm die MSPD-Führung im Reich wurden hier als wortbrüchig vorgeführt, andererseits eine erstaunliche persönliche Nähe zwischen Henke und dem selbsternannten „Bluthund“ Noske öffentlich dokumentiert.<sup>53</sup>

Am 4. März brachten dann die BN einen ausführlichen Enthüllungsartikel über die Hintergründe der Regierung Max von Baden vom Oktober 1918 (augenscheinlich wurde der Artikel aus einer anderen Quelle übernommen). Erstmals erfuhr hier die Bremer Öffentlichkeit, dass die Einsetzung einer parlamentarischen Regierung und die Durchführung demokratischer Reformen von General Ludendorff regelrecht angeordnet worden war, um gegenüber den USA verhandlungsfähig zu werden – und dass Ludendorff die sofortige Herausgabe eines Waffenstillstandsgesuches an die USA gegen den entschiedenen Widerstand des neuen Reichskanzlers Max von Baden erzwungen habe, weil er einen unmittelbar bevorstehenden militärischen Zusammenbruch der Westfront befürchtete. Als dieser dann ausblieb, habe Ludendorff eine Kehrtwende gemacht und den Abbruch der zwischenzeitlich eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen gefordert, was Max von Baden dazu veranlasst habe, am 26. Oktober Ludendorffs Rücktritt beim Kaiser durchzusetzen. In diesem Artikel wurde die Bremer Öffentlichkeit erstmals über Ludendorffs hochpolitische Rolle zumindest in der Schlussphase des Krieges aufgeklärt, wobei Hindenburg allerdings unerwähnt blieb. Max von Baden stand in den BN – wie schon im Oktober 1918 – als der eigentliche „Held“ da, während nicht nur eine radikale Demontage des „Dioskuren“ Ludendorff durch ein bürgerlich-nationales Blatt stattfand (nicht jedoch diejenige Hindenburgs!), sondern auch eine deutliche politische Stoßrichtung gegen die MSPD zu spüren ist, deren Demokratisierungs- und Friedenspathos als hohl diskreditiert wird. Das BVB hielt gegen diese gleichzeitigen Angriffe aus unterschiedlichen politischen Richtungen mit einer eigenen Darstellung der „Bremer Revolution“ an, in denen die MSPD als Garantin von Demokratie, Frieden und Sozialismus geschildert wird: „Freie Volksherrschaft gegen Kapitalismus und unabhängigen wie spartakistischen Terror!“ (28.2.19)

In den historisch orientierten Polemiken werden bereits die ideologisch aufgeladenen Geschichtsdebatten der Weimarer Republik um die Novemberrevolution spürbar. Dass sie in allen

---

<sup>52</sup> Vgl. z. B. den Artikel „Hört es, ihr Frauen!“, der speziell an die Wählerinnen gerichtet ist (BVB 7.3.19).

<sup>53</sup> Diese persönliche Nähe beinhaltet einen realgeschichtlichen Hintergrund: 1912 bis 1917 war Noske kolonialpolitischer Sprecher der SPD-Reichstagsfraktion, Henke sein Stellvertreter. Alle kolonialpolitischen Stellungnahmen der SPD-Reichstagsfraktion in diesem Zeitraum wurden von Noske und Henke gemeinsam erarbeitet: Seils, Hugo Haase (wie Fn. 35), S. 367.

drei Zeitungen im narrativen Gewand einer Geschichtsdarstellung daherkamen, lässt gleichzeitig aber auch Rückschlüsse darauf zu, wie die Einschätzungen zur aktuellen politischen Lage aussahen: Für revolutionär hielten alle drei Zeitungen und ihre Macher die Lage im März 1919 in Bremen offensichtlich nicht mehr.

## 5.2 Die politische Ereignisgeschichte

Das Freikorps Caspari wurde noch im Februar 1919 wieder aufgelöst. Der 4. Februar 1919 sowie die sich anschließende militärische Niederschlagung der Räterepublik in Bremerhaven am 8. und 9. Februar 1919 blieben seine einzigen Kampfeinsätze. Damit reihte sich dessen Geschichte in diejenige der meisten Freikorps von 1918/19 ein, die in der Regel nur eine sehr kurze Zeit existierten, nur wenige und kurze Einsätze erlebten und keine weiteren Spuren in der deutschen Geschichte zurückließen.<sup>54</sup> Allerdings wurde in Bremen 1919 eine neue uniformierte Polizeitruppe aufgestellt, die sogenannte Schutzpolizei. Zahlreiche Angehörige des Freikorps sowie des 75er-Regimentes wurden in diese Polizeieinheit übernommen und ihnen somit nicht nur eine berufliche Zukunft geboten, sondern durchaus auch politische Einflussmöglichkeiten. Major Caspari wurde Leiter dieser Bremer Schutzpolizei – und blieb es bis zum März 1933.<sup>55</sup>

Gerstenberg wurde kurz nach der gewaltsamen Niederwerfung der Bremer Räterepublik von Noske in Anerkennung seiner Verdienste zum Generalmajor befördert, trat allerdings unmittelbar danach in den Ruhestand. Er ließ sich häuslich in Bremen nieder und wurde Landesvorsitzender des von ihm 1919 in Bremen maßgeblich mit aufgebauten „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“. In dieser Funktion blieb er gleichfalls eine einflussreiche Persönlichkeit der bremischen Politik in der gesamten Zeit der Weimarer Republik. In den frühen 1930er-Jahren widersetzte er sich dem vom Ersten Stahlhelm-Bundesführer Franz Seldte zunehmend verfolgten Kurs einer sukzessiven Annäherung an die NSDAP und versuchte 1933/34 vergeblich, die Gleichschaltung des „Stahlhelms“ durch die SA zu verhindern. Anfang 1934 wurde er in diesem Zusammenhang von der SA-Führung um Ernst Röhm noch kurz vor deren Ermordung aus seinem Amt gedrängt.

Die Wahlen zur bremischen Nationalversammlung am 9. März 1919 ergaben mit 32,7 % für die MSPD einen drastischen Stimmenverlust von fast zehn Prozentpunkten gegenüber den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Dennoch war die MSPD immer noch stärker als die USPD und die in Bremen erstmals bei demokratischen Wahlen antretende KPD zusammengenommen, die 19,2 bzw. 7,7 % der Stimmen erhielten, und blieb die stärkste politische Kraft der Freien Hansestadt überhaupt. Zweitstärkste Partei wurde die DDP mit 19,9 %, aber auch die bürgerlich-rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) mit 13,4 % war nun eine politisch relevante Kraft in Bremen. Noch im März 1919 konstituierte sich eine Koalitionsregierung aus MSPD, DDP und DVP. Der MSPD-Landesvorsitzende Deichmann übernahm als Präsident des Senats und Bürgermeister der Freien Hansestadt die Leitung einer Institution, die erst ab jetzt zur Landesregierung eines deutschen Landes wurde. Für die DDP wurde der letzte patrizische Senatspräsident, Bürgermeister Hildebrand, sein Stellvertreter. Überhaupt waren sämtliche bürgerliche Senatsmitglieder auch bereits Mitglieder des letzten patrizischen Senats gewesen.

Am 6. April 1919 starb wie erwähnt Johann Knief. Damit trat die Revolution in Bremen in ihre

---

<sup>54</sup> Dazu bereits Hagen Schulze, *Freikorps und Republik 1918–1920*, Boppard a. Rh. 1969, insbes. S. 69 ff.; ferner exemplarisch Ingo Korzetz, *Die Freikorps in der Weimarer Republik: Freiheitskämpfer oder Landsknechthaufen? Aufstellung, Einsatz und Wesen bayerischer Freikorps 1918–1920*, Marburg 2009.

<sup>55</sup> Die Ereignisse dieses März 1933 sind ein eigenes umfangreiches Kapitel der bremischen Geschichte, auf das hier nicht weiter eingegangen werden kann; vgl. Schwarzwälder, *Geschichte der Freien Hansestadt Bremen*. Bd. 3 (wie Fn. 27), S. 622 ff.

Schlussphase ein. Seine Nachfolge als Vorsitzender der KPD in Bremen trat Karl Plättner<sup>56</sup> an, ein Vertreter des linksradikalen Flügels der KPD um Arkadij Maslow und Ruth Fischer, der bereits als Mitglied des Arbeiterrates durch seinen Verbalradikalismus aufgefallen war und sich mit der Forderung einführte, sämtliche MSPD-Politiker zu erschießen.

Am 9. April 1919 erließ die gerade erst konstituierte Bremer Nationalversammlung ein „Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt“, das für die anstehenden Arbeiten an einer neuen Bremer Landesverfassung unzweideutig den Weg in Richtung einer gewaltenteiligen parlamentarischen Demokratie wies. Dies nahmen Plättner und der Landesvorstand der KPD zum Anlass, über das Instrument des 21er-Ausschusses am 13. April 1919 zum politischen Streik aufzurufen, der die Wiedereinführung des Räteregimes zum Ziel hatte sowie die Freilassung der noch in Oslebshausen einsitzenden Kämpfer der Räteregierung vom 4. Februar; die meisten von ihnen, darunter der Maler Vogeler<sup>57</sup>, waren zwischenzeitlich bereits entlassen worden. Der Streik wurde entgegen den Erwartungen der MSPD und des Senats von der Bremer Arbeiterschaft recht weitgehend befolgt, insbesondere jedoch in den bereits traditionellen KPD-Hochburgen Walle und Gröpelingen sowie einmal mehr auf der AG Weser. Das Bremer Bürgertum reagierte darauf mit einem vom Bürgerausschuss initiierten und koordinierten Gegenstreik – einer Kampfmethodik, die offensichtlich von der Arbeiterbewegung übernommen war. Die beiden Arbeiterviertel Walle und Gröpelingen wurden mit Stacheldraht abgesperrt und regelrecht ausgehungert, ebenso auch in anderen Teilen der Stadt, vor allem an zentralen Straßenkreuzungen, Stacheldrahtverhaue errichtet. Da 1919 just zu diesem Zeitpunkt Ostern waren, sind diese Tage daher als „Stacheldrahtostern“ in die Bremer Geschichte eingegangen. Zwischen dem 26. und 29. April brach in der Folge der Streik der Arbeiter sukzessive zusammen – als letztes am 29. April beim Bremer Gaswerk in der Neustadt.

Der 21er-Ausschuss wurde danach für aufgelöst erklärt. Allerdings erließ die Bremer Nationalversammlung tatsächlich ein Gesetz, mit dem eine Amnestie für sämtliche am 4. Februar gefangengenommenen Anhänger der Räteregierung ausgesprochen wurde. Die noch verbliebenen Gefangenen wurden aus dem Gefängnis in Oslebshausen entlassen und alle Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen sie eingestellt. Eine in der Bremer Nationalversammlung zunächst sogar noch diskutierte Neuwahl und damit verbundene politische Reanimierung des Arbeiterrates wurde nach einer einvernehmlichen Vereinbarung zwischen MSPD und USPD allerdings nicht mehr vorgenommen, sondern dessen Existenz stillschweigend beendet. Erst damit endete die Revolution 1918/19 in Bremen.

### 5.3 Zusammenschau der vierten Phase

Der 4. Februar 1919 stellte eine, im Grunde *die* zentrale Zäsur in der Geschichte der Revolution in Bremen dar. Das wird in der Analyse des öffentlichen Diskurses genauso deutlich wie in der Nachverfolgung der politischen Ereignisgeschichte. Das Bremer Bürgertum meldete sich nachhaltig auf der politischen Bühne zurück und erlangte mit seinen Vertretern erheblichen Einfluss auf den Gang der Dinge. Dennoch handelte es sich keineswegs um eine „Restauration“ der Verhältnisse.<sup>58</sup> Der Vergleich der zwischen Februar und April 1919 tatsächlich getroffenen politischen Entscheidungen mit dem in der Tat rein restaurativ orientierten Forderungskatalog eines Caspari lässt dies deutlich erkennen. Weder gab es ein Zurück zur ständischen Verfassung des Kaiserreiches noch wurden zentrale Errungenschaften der Revolution wie das Frauenwahlrecht, die große

---

<sup>56</sup> Ullrich, Der ruhelose Rebell (wie Fn. 29).

<sup>57</sup> Zu seinem politischen Engagement während der Novemberrevolution David Eraly, Von Gold zu Rot. Heinrich Vogelers Weg in eine andere Welt, Bremen 2004.

<sup>58</sup> So jedoch Kuckuk bereits im Untertitel seines Standardwerkes (wie Fn. 15).



Schulreform oder die Gewaltenteilung<sup>59</sup> beseitigt. Im Gegenteil: Das parlamentarische System erwies sich durch die Allgemeinheit seines Wahlrechtes als gesellschaftlich weitaus partizipativer und dadurch auch integrativer als die Herrschaft der Räte. Allerdings bedeutete dies auch das Eingeständnis, dass es zu einer Abschaffung des Kapitalismus nicht kommen würde, höchstens zu seiner gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Domestizierung.

Die erfolgreiche Auflehnung der Bremer USPD gegen das autoritäre kommunistische Revolutionskonzept brachte die beiden sozialdemokratischen Parteien für diese unerwartet näher zusammen, als es seit den Tagen eines Julius Bruhns der Fall gewesen war. Die anfängliche Diskreditierungskampagne der Bremer MSPD gegen Henke versandete jedenfalls sehr schnell. Der öffentliche Ton zwischen beiden Seiten war fortan für bremische Verhältnisse nachgerade auffallend sachlich, auch wenn die USPD dann in die – allerdings parlamentarische – Opposition ging. Dagegen manövrierte sich die Bremer KPD durch die schrillen Töne eines Karl Plättner politisch immer weiter ins Abseits. Und schließlich: Auch das bremische Bürgertum ging nicht einfach unverändert aus den Erfahrungen von Räteherrschaft und Räterepublik hervor. In den Auseinandersetzungen der Bremer Stacheldrahtostern adaptierte es politische Kampftaktiken der Arbeiterbewegung. Wer fortan in Bremen politische Macht ausüben wollte, der bedurfte dazu der demokratischen Legitimation.

Bereits im März 1919 wurde die Revolution aber auch öffentlich und massenmedial historisiert und politisch instrumentalisiert. Damit begann in Bremen die geschichtspolitische Auseinandersetzung um die Revolution. Die MSPD sah sich von antagonistischen Seiten in ihrer politischen Integrität fundamental in Frage gestellt. Machtpolitisch und ideologisch motivierte geschichtspolitische Auseinandersetzungen der kommenden Jahre kündigten sich hier bereits unmittelbar an.

## 6. Fazit

Die Revolution 1918/19 war die bis dahin schärfste politische Zäsur in der Geschichte Bremens. Die Zusammenschauen der öffentlichen Diskurse und der realen politischen Ereignisse im Untersuchungszeitraum lassen folgende Thesen zu:

1. Die Novemberrevolution in Bremen war ein Ereignis „von unten“, das seinen primären Bezug nicht vor Ort besaß, sondern sich aus dem wahrnehmbaren desaströsen Umgang der politischen Eliten im Reich mit der Situation des verlorenen Krieges und einer daraus resultierenden massiven Vertrauenskrise speiste. Die im engeren Sinne politischen Akteure vor Ort sprangen dann mit mehr oder weniger politischem Geschick auf diesen fahrenden Zug auf und versuchten ihn nach ihrem Gusto zu lenken.
2. Der Übergang von einer amorphen Volksbewegung zur parteipolitischen Steuerung erfolgte dann allerdings recht schnell – noch im November 1918. Militanz und Gewaltdisponiertheit imputierten dabei in Bremen zunächst die Linksradikalen in die politischen Auseinandersetzungen. Von Bedeutung sollte dabei auch der zeitweise nachgerade persönliche Machtkampf zentraler politischer Protagonisten sein, insbesondere der zwischen Johann Knief und Alfred Henke.
3. Die Rückkehr der Truppen von der Front brachte dann ein neues Element starker politischer Spannungen ins Geschehen. Hier traten nämlich politische Akteure auf den Plan, die den Krieg und das Kriegsende mit einer völlig anderen Wahrnehmung erlebt hatten als die Daheimgebliebenen – und die mit einer Vorstellung von „zu Hause“ nach Hause kamen, die nichts mehr mit den

---

<sup>59</sup> Nach der Militärintervention gegen die Räterepublik übernahm in Bremen das Hanseatische Oberlandesgericht die vormalige Funktion des Senats als Appellationsgerichtshof in Zivil- und Strafsachen.

Realitäten dieser Heimat zu tun hatte.

4. Die Bremer Räterepublik war nicht der Höhepunkt und schon gar nicht die „eigentliche“ Revolution, sie war der schnell und blutig gescheiterte Versuch der Bremer KPD, ihren politischen Monopolanspruch nach dem Vorbild Lenins mit Gewalt durchzusetzen. Damit bewirkte die KPD ungewollt die Wiederannäherung von USPD und MSPD in Bremen. Forciert wurde dieser Versuch in der ersten Januar-Hälfte allerdings von der öffentlichen Wahrnehmung der zeitgleichen Ereignisse in Berlin.

5. Durchgängig ins Auge fallend ist die Volatilität der gesamten politischen Situation. Keines der zentralen Ereignisse der Bremer Revolution vom 6. November bis zu den „Stacheldrahtostern“ wurde im öffentlichen Diskurs vorausgesehen. Für die Öffentlichkeit waren es stets schockartige Überraschungen.

6. Auffallend sind aber die strukturellen, personellen und ideologischen Kontinuitäten – und zwar auf allen Seiten, nicht nur der des Bürgertums. Interessengegensätze, ideologische Antagonismen und persönliche Verfeindungen potenzierten sich dabei gegenseitig und spielten eine zentrale politische Rolle – vor, während und nach der Novemberrevolution in Bremen. Der gesundheitsbedingte Ausfall von Knief im politisch ungünstigsten Moment war für die KPD im Übrigen ein Malus, den sie letztlich nicht mehr wettmachen konnte.

7. Schließlich: Es war eine Revolution – und sie ist nicht gescheitert. Das Prinzip der Gewaltenteilung wurde in Bremen erst durch sie eingeführt. Wer in Bremen fortan Macht ausüben wollte, bedurfte dazu der demokratischen Legitimation. Betriebsräte und Tarifverträge wurden zum Standard. Das Frauenwahlrecht und die weitreichendste Schulreform der bremischen Geschichte waren ihr Erbe. Sie machte allerdings ganz unterschiedliche und gegensätzliche Menschen und Mächte zu ihren Verlierern: kommunistische Parteikader, die auf eine „Diktatur des Proletariats“ nach dem Vorbild der Sowjetunion gesetzt hatten; patrizische Großbürger, die unvermittelt mit einem einfachen Tabakarbeiter auf dem traditionsreichen Stuhl des Präsidenten des Senats und Bürgermeisters der Freien Hansestadt konfrontiert wurden und sich ihren bisherigen Untertanen nunmehr als deren Vertreter andienen mussten, um weiterhin Macht zu behalten; und nicht zuletzt: rechte Militärs, die sich in einer Nachkriegszeit wiederfanden, die ihnen nach Jahren an der Front als unreal und inakzeptabel vorkommen musste – und die dennoch zumindest in Bremen nicht einfach „Faschisten“ waren.<sup>60</sup>

---

<sup>60</sup> An einem Beispiel dazu Diethelm Knauf u. a., Mit Fotoapparat und Infanteriegewehr. Bilder eines deutschen Lebens. Biographische Skizzen aus dem deutschnationalen Milieu, Bremen 2014.